



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Geyer, Albin: Deutsch-Österreich : (Schluß)

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Das aber ist die Sache unsrer Lehrerschaft. Sie wird diese ihre moderne Aufgabe nur lösen, wenn sie selbst von ihrer Bedeutung tief durchdrungen ist, wenn sie selbst das klassische Altertum in sich lebendig macht und dem veralteten Formalismus gänzlich entsagt, wenn sie nie vergißt, daß heute die alten Sprachen nur Mittel zum Zweck sind, wenn sie die Höhe der Leistung nicht nach den Extemporalien mißt und das lateinische Spezimen nicht zu einer unnatürlichen Sammlung von Fallstricken macht, sondern daneben womöglich wieder zu einem freien Gebrauche des Lateinischen in Wort und Schrift anleitet, also den Schülern wieder mehr das freudige Bewußtsein eines gewissen Könnens giebt, endlich ihre wichtigste Aufgabe nicht darin sieht, möglichst einwandfreie Zensuren zu erhalten, sondern in dem sichern grammatischen und sachlichen Verständniß eines lateinischen und griechischen Textes. Man plage aber auch von oben her das Gymnasium weniger mit Prüfungen aller Art, deren allzustarke Betonung nur zur Dressur führt und Lehrern wie Schülern die Freude an der Arbeit nimmt; man gewähre den reifern Schülern mehr Freiheit zu selbständiger Thätigkeit, namentlich auch die Möglichkeit, sich in die Bearbeitung eines deutschen Aufsatzes einigermaßen zu vertiefen, wozu ihnen heute das Vielerlei der häuslichen Arbeit kaum mehr die Zeit läßt; man gönne den Lehrern einige Entlastung von Stundenzahl und Korrekturen, statt jede „Lehrkraft“ möglichst „auszunützen,“ auf die Gefahr hin, daß sie früh zusammenbricht, was leider nur zu häufig vorkommt; man schaffe ihnen endlich ein wirklich sorgenfreies Dasein, das sie als Familienväter mit heranwachsenden Söhnen und Töchtern jetzt trotz aller dankenswerten Gehaltsverbesserungen der letzten Zeit auch bei den bescheidensten Ansprüchen eines bürgerlichen Haushalts ohne eignes Vermögen thatsächlich immer noch nicht haben. Ein solches aber ist bei Gymnasiallehrern selten vorhanden, denn sie kommen meist aus kleinen, oft engen Verhältnissen, weil die ganze Laufbahn den Ehrgeiz nicht anlockt, sondern eher abschreckt, also von Söhnen wohlhabender und reicher oder hochgestellter Väter fast niemals eingeschlagen wird. Dann wird sich ein zweites gutes Wort Bosses erfüllen, das er wenig Monate vor seinem Tode (31. Juli 1901) geschrieben hat: „Wir brauchen für das Gymnasium nur freie Hand, dann bleibt es von selbst oben.“



## Deutsch-Österreich

(Schluß)



Es giebt in Österreich eine ganze Reihe von historischen Legenden, die meist von der Presse suggeriert worden sind, die wohl jeder mann nachspricht, aber keiner mehr recht glaubt. Zu diesen gehört auch die Wendung, das letzte deutsche Ministerium wäre einzig und allein über die bosnische Frage gestürzt. Das bestreiten wir mit gutem Grund. Der Monarch fühlte sich allerdings tief verletzt, als man ihm seine erste Erwerbung für Österreich vergällen wollte, doch

ging diese Frage nicht an das Innere des Staatslebens, und so lag es durchaus noch nicht in seiner Absicht, deswegen mit den Deutschen zu brechen, und das Ministerium Auerzperg blieb bis zum Februar 1879 im Amte. Aber schon während der parlamentarischen und der Preßkämpfe des Jahres 1878 verrannte sich der deutsche Liberalismus immer mehr, der unausrottbare Mangel an Verständnis des Kapitalismus für Machtfragen beherrschte die ganze öffentliche Meinung, das verhängnisvolle Wort von der Beschneidung der Armee, und daß Österreich aus zwei Mittelstaaten bestehe, die kein großes Heer bedürften, fiel und wurde Parteischlagwort auch für die im Jahre 1879 eintretenden Reichsratsneuwahlen. Die deutschfortschrittliche Presse schwelgte in Angriffen auf die „Sunker und Pfaffen.“ Ganz analog der preußischen Fortschrittspartei in der Konfliktzeit wollte man also Österreich den „Großmachtstügel“ austreiben, das Heer verkleinern und überhaupt den Kampf auf allen Fronten führen. Der Vorstoß gegen die Armee, nicht die Opposition gegen die Okkupation machte jede weitere Rücksicht auf die Deutschfortschrittlichen unmöglich, sie wurden auf allen Fronten geschlagen, leider ging dabei auch das letzte deutsche Ministerium in die Brüche. Kaiser Franz Joseph hat sich sehr schwer zu dieser Wendung entschlossen, wohl ein halb Duzend mal wurde Dr. Herbst zu Verhandlungen in die Hofburg entboten, er hatte nichts zu bieten wie das unfruchtbare Nein des unfehlbaren Doktrinarismus. Auch der Versuch, nach dem Sturze des Ministeriums Auerzperg aus der deutschen Verfassungspartei ein neues Ministerium zu bilden, mißlang wegen der geheimen Intriguen und des offenen Widerstandes des Dr. Herbst. Wie der Leiter des nun folgenden Zwischenministeriums, Dr. von Stremayr, selbst erzählt, wurde er von Herbst geradezu für einen Abtrünnigen erklärt, „ich wurde aus der Partei, die sich zu ihrem Unglücke seiner Führung widerstandslos überließ, förmlich ausgeschlossen und in ihren Klub nicht mehr zugelassen.“

Graf Taaffe wurde mit der Bildung des neuen Ministeriums betraut und erklärte sich bereit, mit der deutschliberalen Linken zu gehn, wenn sie nur seine Versöhnungsversuche nicht schon vorweg ablehnte. Da dies aber trotzdem unter Führung des Dr. Herbst geschah, nahm er sich schließlich die von der kapitalistischen Presse geschmähten Pfaffen und Sunker, denn auch die verfassungstreuen Großgrundbesitzer, die bisher mit der Verfassungspartei gegangen waren, schlossen sich dem Ministerium an, das nun noch die Tschechen zum Eintritt in den Reichsrat bewog, wodurch die Deutschliberalen in die Minorität gerieten. Damals ist der Grund zu der Verbitterung gelegt worden, unter der das Deutschtum jetzt zu leiden hat, aber nur halb wahr ist die in Österreich immer wiederholte Legende, das Unglück der Deutschen schreibe sich erst vom Ministerium Taaffe her. Das trifft nicht einmal zeitlich genau zu, wie die eben angeführten Thatsachen beweisen, noch weniger kann ihm ein Vorwurf der Deutschfeindlichkeit daraus gemacht werden, daß er die Tschechen ins Parlament zog. Er war österreichischer Minister, dem die Deutschliberalen jede Unterstützung verweigerten. Übrigens hatte kurz vor dem Rücktritt des Ministeriums Auerzperg der Führer der Deutschen, Dr. Herbst, mit den in jener Zeit erst auftauchenden Jungtschechen, etwa ein halbes Duzend Abgeordnete,

Verhandlungen angeknüpft, um sie zum Eintritt in das Abgeordnetenhaus zu bewegen zu dem ausgesprochenen Zweck, das deutsche Ministerium stürzen zu helfen. In den ersten Novembertagen des Jahres 1878 trat das Leibblatt des Dr. Herbst mit diesem Vorschlag an die Öffentlichkeit, den die Deutschen zwar mit starrem Staunen totschwiegen, aber Herrn Dr. Herbst duldeten sie doch weiter als anerkannten Führer.

Es war nötig, diesen Teil der Entwicklung der innern österreichischen Politik ausführlicher zu besprechen, weil die Mitteilungen darüber sonst nicht immer objektiv lauten, während die Vorgänge durchaus geeignet sind, zum Verständnis der Zeitläufte im darauffolgenden Vierteljahrhundert beizutragen. Die damaligen Deutschösterreicher sind ebenso wie die preußische Fortschrittspartei in ihrem liberal-radikalen Kampf gegen Reaktion, Junkertum sowie Militär und für die Parlamentsherrschaft unterlegen, aber sie scheiterten nicht an der unbeugsamen Festigkeit eines monarchischen Ministeriums, sondern das ihrer Nationalität angehörige Ministerium wurde einfach mit ihnen unmöglich. Preußen konnte freilich ganz ruhig den innern Konflikt aushalten, das Deutsche Reich verträgt noch heute einen Eugen Richter mit seinen Anhängern und den ihm gesinnungsverwandten Politikern, denn die Nachteile davon kommen nur in geringem Maße den wenigen nichtdeutschen Staatsangehörigen zu gute. In Österreich liegt aber die Sache ganz anders, dort wächst jedes Teilchen von Macht, das die Deutschen durch eine fehlerhafte politische Haltung einbüßen, notwendigerweise den Slawen und in dualistischen Angelegenheiten den Magyaren zu, dort gilt es für die Deutschen, Macht zu gewinnen, aber nicht durch eine politische oder parlamentarische Niederlage nach der andern an Ansehen und innerer Kraft zu verlieren. Dann hilft kein Sammern, kein Anklagen der Regierung und kein Anrufen der Stammesbrüder mehr. Mit dem Verlust der Parlamentsmehrheit ist auch die Einigkeit, die damals, wenn auch auf verfehlter politischer Grundlage, vorhanden war, verloren gegangen, und die Erkenntnis, daß damals schwere Fehler begangen worden waren, hat zu immer weiteren Spaltungen geführt, die Thatsache, daß die Führer schlecht geführt haben, hat Beschimpfungen der besten Männer und der kleinen Parteigruppen untereinander zur Folge gehabt, wie dies in keiner andern Nation in Österreich der Fall gewesen ist. Aber trotz alledem hat man den Kardinalfehler, der Ende der siebziger Jahre begangen wurde, noch immer nicht eingesehen; gerade die lautesten Parteien kennen auch heute nichts andres, als den Kampf nach allen Fronten zugleich zu führen, die Opposition in jedem Falle scheint ihnen die einzig mögliche Form der politischen Thätigkeit. Sie führen immer das Wort deutsch im Munde, sind aber doch nichts andres als liberalradikal.

Das Ministerium Taaffe war eine Notwendigkeit. Es mußte den Deutschliberalen gezeigt werden, daß es ohne sie und ohne ihre konstitutionellen Grundsätze ging, und Taaffe war der rechte Mann, ihnen die Nichtigkeit des Parlamentarismus darzuthun. Das Schwungrad einer großen Staatsmaschine geht nun freilich noch lange weiter, wenn auch die einzelnen Teile nicht mehr richtig arbeiten, und der Strom der treibenden Kraft nachzulassen beginnt, sogar ein

Stümper vermag vor dem großen Haufen den Schein, daß noch alles in Ordnung ist, aufrecht zu erhalten. Graf Taaffe war zwar in der politischen und der diplomatischen Taktik sehr bewandert, aber staatsmännische Gedanken hatten ihn nie sehr gequält. Während Bismarck seine Widersacher mehrfach auf den springenden Punkt des modernen parlamentarischen Lebens hinwies, dessen wahres Wesen in einer Reihe von Kompromissen bestehe, war Taaffe vollauf davon befriedigt, daß ihm das „Fortwursteln“ gelang. Sein Ministerium war eine Notwendigkeit, aber es währte ein Jahrzehnt zu lang. Man hat da wieder die für Österreich charakteristische Erscheinung vor sich, daß man eine Sache gehn ließ, weil sie ging, sie aber so lange gehn ließ, bis sie nicht mehr ging. Das kann unter ruhigen äußern Verhältnissen ein nationaler Staat aushalten, ein Staat aus einem bunten Völkergemisch muß dabei in Gärung geraten. Es giebt nichts, was ein Staat auf die Dauer schwerer erträgt als den Mangel vorwärts drängender, emporführender Ideen; vorwärts zu neuen Zielen, das ist die Forderung der Natur. Wird ihr nicht genügt, fehlt es sogar an einer Idee, an einem Ziel des Strebens, dann tritt mißmutige Verstimmung ein, die Stimmung der Öde und Leere, die den Nährboden für den Pessimismus und den Radikalismus abgiebt. Hier liegt der Grundfehler des sogenannten Systems Taaffe, nicht darin, daß er gegen die Deutschen regierte; denn die wollten ja gar nicht mit ihm gehn, sondern wollten ihn stürzen. Auch das Lob der Offiziösen, Graf Taaffes Ministerium habe eine stattliche Reihe grundlegender gesetzlicher Schöpfungen, wie die Neugestaltung der Wehrverfassung, die Reform der direkten Steuern usw. zu stande gebracht, ist partheiisch. Wenn ein Vater seinen Kindern Schuhe verschafft, daß sie nicht barfuß laufen, so beweist das noch gar nichts für seine pädagogische und wirtschaftliche Tüchtigkeit. Daß Graf Taaffe, etwa nach vier Jahren seines Regiments, nicht daran gedacht, wenigstens nicht den Versuch gemacht hat, den hinreichend gestraften Deutschliberalen einen der Bedeutung des Deutschtums nach Herkunft und Kultur entsprechenden Anschluß an das innerpolitische Leben zu ermöglichen, ist eine Unterlassung, die nicht für seine staatsmännische Begabung spricht. Damals hätte ein Ministerium Clary oder Körber viel nützen können.

Das dauernde Verhalten des Grafen Taaffe hat aber mit vollem Grund den Deutschen wieder ein Recht gegeben, über Benachteiligung zu klagen, denn er war der erste, der ihnen keine höhere Bedeutung beimaß als jeder beliebigen andern österreichischen Nation. Dies und die Nonchalance, die er auch allen übrigen Fragen des Staatslebens gegenüber hervorzukehren pflegte, hat das Vertrauen in den Ernst und das Verständnis für die Behandlung der Regierungsangelegenheiten in den obersten Kreisen stark erschüttert. Bei den schwersten Schlägen nach 1859 und 1866 hatte sich jedesmal nach dem ersten Aufschrei über die Kurzsichtigkeit und die Kopflosigkeit oben immer wieder alles hoffnungs- und vertrauensvoll um Krone und Regierung geschart, während der Regierung Taaffes hat sich dagegen ein Strom des Radikalismus und antimonarchischer Anschauungen über Österreich ergossen, wie er früher gar nicht für denkbar gehalten worden wäre. Durch den dauernden Mangel an staatsmännischen Ideen litt nicht bloß der Staat, sondern auch das Deutschtum, das

immer unheilbarer der parlamentarischen Zerklüftung verfiel. Die Versuche einzelner deutscher Parteigruppen, bei deren Führern allerdings auch selbstfüchtige Beweggründe erkennbar wurden, sich in wichtigen Staatsfragen der Regierung zu nähern, gaben dem Radikalismus willkommenen Anlaß zu den wütendsten Angriffen und schufen die Grundlage für den heutigen Zustand, worin die parlamentarische Vertretung des Deutschtums in eine ganze Reihe von ohnmächtigen Parteigruppen gespalten erscheint, die sich gegenseitig befehden und einander die Mandate abzujagen suchen. Daß die auf Taaffe folgenden Ministerien bis zum Ministerium Thun dieser Sachlage noch weitem Vorschub geleistet haben, sei nur nebenbei bemerkt.

Die Deutschen in Osterreich haben nie Glück mit ihren Führern gehabt. Auch die Häupter der sogenannten Verfassungspartei, die die große Mehrzahl der deutschen Abgeordneten in eine große Partei zusammengefaßt hatten, folgten der französischen Doktrin und standen nicht auf eigenem österreichischem Boden. Aber es war doch wenigstens eine Einheit vorhanden. Heute gilt gerade das Gegenteil, und die Deutschösterreicher dürfen mit vollem Rechte den Spottvers auf sich anwenden: „An Häuptern fehlt's uns wahrlich nicht, uns fehlt es nur an Köpfen.“ Wir sehen da lauter überzeugte und ehrliche Männer, aber leider keinen unter ihnen, dessen Autorität über die engste Gefolgschaft hinausreicht, dem sie alle trauen, und der für sie alle einsteht. Es fehlt ihnen an jedem Führer, dessen Kopf die Aktion ihrer Gruppen einheitlich zu leiten, dessen Wort die Stellung der Gruppen zu verbürgen vermag. Daß es in den slavischen Parteien nicht viel anders steht, macht nicht viel zu Gunsten der Deutschen aus. Die großen Gedanken fehlen auf allen Seiten, aber die Deutschen brauchen sie am notwendigsten, denn mit der Beteuerung ihrer historischen Rechte und der Erinnerung an die Leistungen ihrer Vorfahren allein kommen sie nicht aus. Wollten sie daraus die einzig berechtigten und politisch praktischen Schlüsse ziehen, so könnten diese nur dahin lauten, daß ihre Aufgabe in dem aus deutscher Grundlage mit der Krone gemeinsam geschaffnen Osterreich nicht sein kann, sich aus sogenannten prinzipiellen Gründen und politischen Meinungen mit jeder Regierung in mindestens unfruchtbare, wenn nicht dem Deutschtum direkt nachteilige Streitereien einzulassen, sondern zu jeder Unterstützung bei allen „Staatsnotwendigkeiten,“ für deren Kosten sie doch so oder so aufkommen müssen, bereit zu sein. Jeder Geschäftsmann handelt so, und die einfachste Lebensklugheit müßte es lehren. Wir wollen das aber noch an einem Beispiele besonders ausführen. Die deutsche Verfassungspartei hatte 1879 gegen die Armee agitiert, und wir nehmen an, daß die Herren in ihrer doktrinären Befangenheit wirklich überzeugt waren, die österreichisch-ungarische Monarchie könne die Kosten nicht ertragen. Nun, das war ein Irrtum, denn seither sind die Kosten für eine viel größere Armee aufgebracht worden, und Osterreich ist nicht zu Grunde gegangen. Aber was war die Folge? Die Tschechen bewilligten, was die Deutschliberalen verweigerten, die Deutschen mußten gemäß ihrer Steuerkraft den Löwenanteil bezahlen, wurden aber politisch an die Wand gedrückt, und zwar zeitweise so arg, daß sie „quietschten,“ um mich eines bismarckischen Ausdrucks zu bedienen. Hatten sie das nötig? — Jetzt wollen wir

Eltern bei dem heute doch nicht gerade seltenen Wohnungswechsel in die schwerste Verlegenheit geraten können.

Nun hat Dr. Reinhardt, selbst ein begeisterter Humanist, seinen neuen Lehrgang in der ehrlichen Absicht aufgestellt, das schwer bedrohte humanistische Gymnasium durch Konzessionen an moderne Strömungen zu retten. Ist diese Rechnung richtig? Die grundsätzlichen Feinde der humanistischen Bildung sehen darin nichts als eine Etappe auf dem Wege zur Vernichtung dieser Bildung. Sie sind nicht befriedigt, sondern werden im Namen der „nationalen“ und „modernen“ Erziehung ihre Angriffe zunächst auf das Griechische richten, und da bietet das Reformgymnasium einen sehr verwundbaren Punkt, nämlich den Beginn des Griechischen in Untersekunda. Man kann in der That fragen: Weshalb sollen die Schüler, die aus dieser Klasse mit dem Einjährigenzeugnis abgehen, noch mit den Anfangsgründen einer schwierigen Sprache gequält werden, die ihnen kein lohnendes Ziel bieten und bald wieder vergessen werden? Die vernünftige Konsequenz wäre dann also, den Anfang des Griechischen nach Obersekunda zu verschieben. Als bald würde sich dann herausstellen, daß in drei Jahren nichts erreicht werden kann, was die harte Arbeit lohnt, und dann ergibt sich die weitere Forderung: Verwandlung des Griechischen in ein wahrhaft freies Fach für Theologen und klassische Philologen nach der Art des Hebräischen, denn nur diese „brauchen“ es unmittelbar für ihre Studien. Von diesem Standpunkt aus ließe sich freilich noch viel eher die Abschaffung der Mathematik rechtfertigen, denn diese „braucht“ im künftigen Leben nur ein kleiner Bruchteil der Gymnasiasten, und die sie nicht „brauchen,“ vergessen sie später vollständig, ohne sie auch nur zu vermiffen. Ohne Griechisch aber giebt es kein modernes humanistisches Gymnasium, das heiß ersehnte Ziel der Neuerer, seine Vernichtung, wäre dann erreicht. Denn nach dem heutigen Stand unsrer Auffassung des Altertums ist die Kenntnis der griechischen Sprache, Litteratur und Kultur das Wesentlichste der humanistischen Bildung. Wenn Friedrich Paulsen trotzdem historisch zu begründen versucht hat, daß das Griechische erst durch den Neuhumanismus zu seiner Stellung gekommen sei, und vor dieser Zeit das Gymnasium diese Sprache nicht viel intensiver betrieben habe als jetzt das Hebräische, daß also auch das moderne Gymnasium ohne Griechisch bestehen könne, so beweist das gerade so viel, als wenn man aus demselben Grunde die Erweiterung des mathematischen Pensums bekämpfen wollte, nämlich gar nichts; wohl aber hat Paulsen durch diese Schlussfolgerung dem humanistischen Gymnasium sehr viel geschadet. Hier heißt es also: Keine Konzessionen mehr! Denn darüber täusche man sich ja nicht: ist das Griechische als wesentlicher Bestandteil des Gymnasialunterrichts einmal aufgegeben, dann erhalten wir es niemals wieder zurück, sondern wir verlieren es für immer, und unsre Bildung sinkt damit auf eine tiefere Stufe herab. Darüber mögen sich namentlich die nicht täuschen, die es angeht, und denen die Höhe unsrer Bildung wirklich am Herzen liegt. „Wenn man erst soweit geht, den Wert des Unterrichts nach dem sichtbaren Effekt zu bemessen, dann wird man auch bald dahin kommen, den Wert dessen, was man auf der Schule lernt, danach zu beurteilen, ob damit Geld zu machen ist oder nicht, dann ist Deutschland

verloren, dann ist es um seine führende Stellung unter den europäischen Völkern geschehn, denn diese Stellung beruht auf seiner überlegnen geistigen Bildung." (Abt Uhlhorn von Voccum in der Schulkonferenz von 1890.)

Die Neuerer begründen ihre Ablehnung des Griechischen gern damit, daß das Altertum für unsre Gesamtkultur seine alte Geltung verloren habe, daß es „verblaßt“ sei. Damit aber wird die Frage ganz falsch gestellt. Es handelt sich gar nicht um die Frage, ob das Altertum in dieser Beziehung noch seine frühere Stellung behauptet, d. h. ob es so im Vordergrund des Interesses steht wie vor hundert Jahren, sondern um die davon ganz verschiedene: Welche Bildungsmittel sind am besten geeignet, in unsrer Jugend das Bewußtsein des historischen Zusammenhangs unsrer Kultur mit der Vergangenheit zu erwecken, ihr von dieser Kulturentwicklung einen ausreichenden Begriff zu geben und ihre geistigen Fähigkeiten in ernstester, eindringender Arbeit an edeln, die Mühe lohnenden Stoffen so zu schulen, daß sie sich dann in die verschiedensten Aufgaben eines höhern Berufs hineinarbeiten kann, mag sie auch das Gelernte im spätern Leben nicht in allen seinen Einzelheiten festhalten und größtenteils vergessen? Als zugestanden wird dabei natürlich vorausgesetzt, daß kein modernes Volk in der Lage der Griechen ist, nämlich eine rein nationale, nur mit Verwertung nationalen Geistes Eigentums eine der Zeit gemäße höhere Bildung zu geben.

Alle zu solcher Bildung Aufstrebenden einen und denselben Weg führen zu wollen, wäre heute eine Utopie; die Gliederung unsrer heutigen höhern Schulen in Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen ist aus natürlichen und berechtigten Bedürfnissen erwachsen, läßt sich also auch nicht mehr zur alten lateinischen Einheitschule zurückschrauben. Alle diese Schulgattungen erstreben jenes Ziel in ihrer Art. Die eine, mehr auf die unmittelbare Vorbildung für das praktische Leben gerichtete, läßt die historischen Beziehungen unsrer Kultur in den Hintergrund treten, für die andern sind gerade diese die Hauptsache. Der gemeinsamen Basis dieser Kultur, dem Altertum, steht am fernsten die Oberrealschule, denn diese zeigt sie nur in ihrer Wirkung auf die deutsche, französische und englische Kultur, also indirekt, sozusagen von ferne. Näher steht ihr das Realgymnasium, indem es auch ins Lateinische einführt, dessen Litteratur zwar nur ein Abglanz der griechischen ist, immerhin aber dieser zeitlich, örtlich und innerlich am nächsten kommt; auf dem gründlichsten und direktesten Wege führt das humanistische Gymnasium zum Ziel. Es hat deshalb zwar die Alleinherrschaft ruhig aufgeben können, aber es darf nicht verschwinden, es muß immer die Schule bleiben, durch die die vorzugsweise gehn, deren künftige Berufsthätigkeit eine gründliche, sprachlich-historische Vorbildung voraussetzt, denn das, was es seinen Schülern bietet, wird durch kein andres Bildungsmittel ersetzt.

Alle Litteraturen und Kulturen der modernen Völker sind abgeleitet und unter fortgesetzt, bald stärker, bald schwächer wirkenden Einflüssen der Nachbarn oder des Altertums erwachsen, auch in fortwährender Umwandlung begriffen. Nur die hellenische Kultur ist schlechthin ursprünglich und selbständig, vom Orient nur in einigen äußerlichen Dingen vorübergehend beeinflusst, die sie sich

völlig assimiliert hat; sie redet zu uns in einer wunderbar biegsamen und reichen Sprache, der vollkommensten der Welt, die jedem Gegenstand ohne ein Fremdwort gewachsen ist; sie bietet einen erstaunlichen Reichtum der Erscheinungen, der mit jedem neuen Funde immer mehr zu Tage tritt, und ist doch in den großen Zügen ihrer Entwicklung so folgerichtig und übersichtlich wie keine andre, dazu in sich so abgeschlossen, daß sie von keiner modernen Zeit- und Streitfrage berührt wird; sie ist also für die Schule durch nichts zu ersetzen, weder durch die deutsche Litteratur und Kultur, noch durch die englische oder gar die französische. Kein Epos kommt als Weltbild und in frischer, lebendiger Anschaulichkeit dem homerischen gleich, das überhaupt in der englischen oder der französischen Litteratur gar kein verwendbares Gegenstück bietet, Corneille und Racine verschwinden vor Sophokles, Shakespeare überragt auch diesen, aber seine Kulturbasis ist unendlich komplizierter. Die Historiker des Altertums haben gewiß ihre Mängel, aber sie sind die Söhne einer freien und reichen Bildung, sie stehn, so weit sie für die Schule in Betracht kommen, den dargestellten Ereignissen sehr nahe oder mitten in ihnen drin, geben also ein frischeres, unmittelbarer empfundnes Bild, als die meisten modernen Geschichtschreiber vermögen, die selten Zeitgeschichte schreiben, am wenigsten als Mithandelnde; sie erzählen wirklich, ohne fortwährende Reflexion, sie schildern verhältnismäßig einfache Verhältnisse ohne Überladung mit Einzelheiten, fast alle auch ohne die moderne psychologische Analyse, die doch der Jugend noch unverständlich ist, und doch in lebensvoller Herausarbeitung des Wesentlichen. Die großen Redner sind meist zugleich Staatsmänner in tief erregter Zeit, deren Bild sie lebendig widerspiegeln, und es giebt sicherlich keine bessere Einführung in die Philosophie, als die Betrachtung ihrer Anfänge bei den Griechen, die sich zuerst die grundlegenden philosophischen Probleme gestellt haben.

Daß überhaupt alle Wissenschaften und alle Darstellungsweisen ihre Wurzeln im Griechentum haben, das macht das geistvoll zusammengestellte Lesebuch von Wilamowitz-Möllendorff\*) jedem deutlich. Auch er faßt, wie heute jeder Philolog, das Griechentum rein historisch; er will die Griechen lesen nicht als unerreichbare Ideale und nicht als Muster zur Nachahmung, wie ein früheres Zeitalter die lateinischen Autoren las, um sie nachzubilden, er sagt vielmehr in der für jeden Gebildeten höchst beachtenswerten Vorrede: „Weil unser Anschauen und Denken, unser Leben in Staat und Gesellschaft, unser Eigenstes in Kunst und Wissenschaft und Religion mit dem Altertum durch tausend Fäden verbunden sind, so können wir nicht verstehn, was wir sind noch was wir sollen, ohne das Erbe des Altertums geschichtlich zu erfassen. . . Daß das Verständnis dieser Weltperiode erreicht werde, daran hängt die Berechtigung der Jugendbildung, welche das Gymnasium verleihen will.“ An diese Aufgabe ernste und ausdauernde Arbeit zu setzen, um ihretwillen Griechisch und Lateinisch zu lernen, an solch edelm Stoff unsre Jugend an strenge Geistesarbeit und scharfes Denken zu gewöhnen, d. h. ihr formale Bildung zu vermitteln, das lohnt auch heute noch der Mühe.

\*) Griechisches Lesebuch von Ulrich von Wilamowitz-Möllendorff. Vier Halbbände. Berlin, Weidmann, 1902.

Das aber ist die Sache unsrer Lehrerschaft. Sie wird diese ihre moderne Aufgabe nur lösen, wenn sie selbst von ihrer Bedeutung tief durchdrungen ist, wenn sie selbst das klassische Altertum in sich lebendig macht und dem veralteten Formalismus gänzlich entsagt, wenn sie nie vergißt, daß heute die alten Sprachen nur Mittel zum Zweck sind, wenn sie die Höhe der Leistung nicht nach den Extemporalien mißt und das lateinische Spezimen nicht zu einer unnatürlichen Sammlung von Fallstricken macht, sondern daneben womöglich wieder zu einem freien Gebrauche des Lateinischen in Wort und Schrift anleitet, also den Schülern wieder mehr das freudige Bewußtsein eines gewissen Könnens giebt, endlich ihre wichtigste Aufgabe nicht darin sieht, möglichst einwandfreie Zensuren zu erhalten, sondern in dem sichern grammatischen und sachlichen Verständnis eines lateinischen und griechischen Textes. Man plage aber auch von oben her das Gymnasium weniger mit Prüfungen aller Art, deren allzustarke Betonung nur zur Dressur führt und Lehrern wie Schülern die Freude an der Arbeit nimmt; man gewähre den reifern Schülern mehr Freiheit zu selbständiger Thätigkeit, namentlich auch die Möglichkeit, sich in die Bearbeitung eines deutschen Aufsatzes einigermaßen zu vertiefen, wozu ihnen heute das Vielerlei der häuslichen Arbeit kaum mehr die Zeit läßt; man gönne den Lehrern einige Entlastung von Stundenzahl und Korrekturen, statt jede „Lehrkraft“ möglichst „auszunützen,“ auf die Gefahr hin, daß sie früh zusammenbricht, was leider nur zu häufig vorkommt; man schaffe ihnen endlich ein wirklich sorgenfreies Dasein, das sie als Familienväter mit heranwachsenden Söhnen und Töchtern jetzt trotz aller dankenswerten Gehaltsverbesserungen der letzten Zeit auch bei den bescheidensten Ansprüchen eines bürgerlichen Haushalts ohne eignes Vermögen thatsächlich immer noch nicht haben. Ein solches aber ist bei Gymnasiallehrern selten vorhanden, denn sie kommen meist aus kleinen, oft engen Verhältnissen, weil die ganze Laufbahn den Ehrgeiz nicht anlockt, sondern eher abschreckt, also von Söhnen wohlhabender und reicher oder hochgestellter Väter fast niemals eingeschlagen wird. Dann wird sich ein zweites gutes Wort Hoffes erfüllen, das er wenig Monate vor seinem Tode (31. Juli 1901) geschrieben hat: „Wir brauchen für das Gymnasium nur freie Hand, dann bleibt es von selbst oben.“



## Deutsch-Österreich

(Schluß)



Es giebt in Österreich eine ganze Reihe von historischen Legenden, die meist von der Presse suggeriert worden sind, die wohl jeder mann nachspricht, aber keiner mehr recht glaubt. Zu diesen gehört auch die Wendung, das letzte deutsche Ministerium wäre einzig und allein über die bosnische Frage gestürzt. Das bestreiten wir mit gutem Grund. Der Monarch fühlte sich allerdings tief verletzt, als man ihm seine erste Erwerbung für Österreich vergällen wollte, doch

ging diese Frage nicht an das Innere des Staatslebens, und so lag es durchaus noch nicht in seiner Absicht, deswegen mit den Deutschen zu brechen, und das Ministerium Auersperg blieb bis zum Februar 1879 im Amte. Aber schon während der parlamentarischen und der Preßkämpfe des Jahres 1878 verrannte sich der deutsche Liberalismus immer mehr, der unausrottbare Mangel an Verständnis des Kapitalismus für Machtfragen beherrschte die ganze öffentliche Meinung, das verhängnisvolle Wort von der Beschneidung der Armee, und daß Österreich aus zwei Mittelstaaten bestehe, die kein großes Heer bedürften, fiel und wurde Parteischlagwort auch für die im Jahre 1879 eintretenden Reichsratsneuwahlen. Die deutschfortschrittliche Presse schwelgte in Angriffen auf die „Sunken und Pfaffen.“ Ganz analog der preußischen Fortschrittspartei in der Konfliktzeit wollte man also Österreich den „Großmachtstügel“ austreiben, das Heer verkleinern und überhaupt den Kampf auf allen Fronten führen. Der Vorstoß gegen die Armee, nicht die Opposition gegen die Okkupation machte jede weitere Rücksicht auf die Deutschfortschrittlichen unmöglich, sie wurden auf allen Fronten geschlagen, leider ging dabei auch das letzte deutsche Ministerium in die Brüche. Kaiser Franz Joseph hat sich sehr schwer zu dieser Wendung entschlossen, wohl ein halb Duzend mal wurde Dr. Herbst zu Verhandlungen in die Hofburg entboten, er hatte nichts zu bieten wie das unfruchtbare Nein des unfehlbaren Doktrinarismus. Auch der Versuch, nach dem Sturze des Ministeriums Auersperg aus der deutschen Verfassungspartei ein neues Ministerium zu bilden, mißlang wegen der geheimen Intriguen und des offenen Widerstandes des Dr. Herbst. Wie der Leiter des nun folgenden Zwischenministeriums, Dr. von Stremayr, selbst erzählt, wurde er von Herbst geradezu für einen Abtrünnigen erklärt, „ich wurde aus der Partei, die sich zu ihrem Unglücke seiner Führung widerstandslos überließ, förmlich ausgeschlossen und in ihren Klub nicht mehr zugelassen.“

Graf Taaffe wurde mit der Bildung des neuen Ministeriums betraut und erklärte sich bereit, mit der deutschliberalen Linken zu gehn, wenn sie nur seine Versöhnungsversuche nicht schon vorweg ablehnte. Da dies aber trotzdem unter Führung des Dr. Herbst geschah, nahm er sich schließlich die von der kapitalistischen Presse geschmähten Pfaffen und Sunken, denn auch die verfassungstreuen Großgrundbesitzer, die bisher mit der Verfassungspartei gegangen waren, schlossen sich dem Ministerium an, das nun noch die Tschechen zum Eintritt in den Reichsrat bewog, wodurch die Deutschliberalen in die Minorität gerieten. Damals ist der Grund zu der Verbitterung gelegt worden, unter der das Deutschtum jetzt zu leiden hat, aber nur halb wahr ist die in Österreich immer wiederholte Legende, das Unglück der Deutschen schreibe sich erst vom Ministerium Taaffe her. Das trifft nicht einmal zeitlich genau zu, wie die eben angeführten Thatsachen beweisen, noch weniger kann ihm ein Vorwurf der Deutscheindlichkeit daraus gemacht werden, daß er die Tschechen ins Parlament zog. Er war österreichischer Minister, dem die Deutschliberalen jede Unterstützung verweigerten. Übrigens hatte kurz vor dem Rücktritt des Ministeriums Auersperg der Führer der Deutschen, Dr. Herbst, mit den in jener Zeit erst auftauchenden Jungtschechen, etwa ein halbes Duzend Abgeordnete,

Verhandlungen angeknüpft, um sie zum Eintritt in das Abgeordnetenhaus zu bewegen zu dem ausgesprochenen Zweck, das deutsche Ministerium stürzen zu helfen. In den ersten Novembertagen des Jahres 1878 trat das Leitblatt des Dr. Herbst mit diesem Vorschlag an die Öffentlichkeit, den die Deutschen zwar mit starrem Staunen totschwiegen, aber Herrn Dr. Herbst duldeten sie doch weiter als anerkannten Führer.

Es war nötig, diesen Teil der Entwicklung der innern österreichischen Politik ausführlicher zu besprechen, weil die Mitteilungen darüber sonst nicht immer objektiv lauten, während die Vorgänge durchaus geeignet sind, zum Verständnis der Zeitläufte im darauffolgenden Vierteljahrhundert beizutragen. Die damaligen Deutschösterreicher sind ebenso wie die preußische Fortschrittspartei in ihrem liberal-radikalen Kampf gegen Reaktion, Junkertum sowie Militär und für die Parlamentsherrschaft unterlegen, aber sie scheiterten nicht an der unbeugsamen Festigkeit eines monarchischen Ministeriums, sondern das ihrer Nationalität angehörige Ministerium wurde einfach mit ihnen unmöglich. Preußen konnte freilich ganz ruhig den innern Konflikt aushalten, das Deutsche Reich verträgt noch heute einen Eugen Richter mit seinen Anhängern und den ihm gesinnungsverwandten Politikern, denn die Nachteile davon kommen nur in geringem Maße den wenigen nichtdeutschen Staatsangehörigen zu gute. In Österreich liegt aber die Sache ganz anders, dort wächst jedes Teilchen von Macht, das die Deutschen durch eine fehlerhafte politische Haltung einbüßen, notwendigerweise den Slawen und in dualistischen Angelegenheiten den Magyaren zu, dort gilt es für die Deutschen, Macht zu gewinnen, aber nicht durch eine politische oder parlamentarische Niederlage nach der andern an Ansehen und innerer Kraft zu verlieren. Dann hilft kein Zammern, kein Anklagen der Regierung und kein Anrufen der Stammesbrüder mehr. Mit dem Verlust der Parlamentsmehrheit ist auch die Einigkeit, die damals, wenn auch auf verfehlter politischer Grundlage, vorhanden war, verloren gegangen, und die Erkenntnis, daß damals schwere Fehler begangen worden waren, hat zu immer weitern Spaltungen geführt, die Thatsache, daß die Führer schlecht geführt haben, hat Beschimpfungen der besten Männer und der kleinen Parteilgruppen untereinander zur Folge gehabt, wie dies in keiner andern Nation in Österreich der Fall gewesen ist. Aber trotz alledem hat man den Kardinalfehler, der Ende der siebziger Jahre begangen wurde, noch immer nicht eingesehen; gerade die lautesten Parteien kennen auch heute nichts andres, als den Kampf nach allen Fronten zugleich zu führen, die Opposition in jedem Falle scheint ihnen die einzig mögliche Form der politischen Thätigkeit. Sie führen immer das Wort deutsch im Munde, sind aber doch nichts andres als liberalradikal.

Das Ministerium Taaffe war eine Notwendigkeit. Es mußte den Deutschliberalen gezeigt werden, daß es ohne sie und ohne ihre konstitutionellen Grundsätze ging, und Taaffe war der rechte Mann, ihnen die Richtigkeit des Parlamentarismus darzuthun. Das Schwungrad einer großen Staatsmaschine geht nun freilich noch lange weiter, wenn auch die einzelnen Teile nicht mehr richtig arbeiten, und der Strom der treibenden Kraft nachzulassen beginnt, sogar ein

Stümper vermag vor dem großen Haufen den Schein, daß noch alles in Ordnung ist, aufrecht zu erhalten. Graf Taaffe war zwar in der politischen und der diplomatischen Taktik sehr bewandert, aber staatsmännische Gedanken hatten ihn nie sehr gequält. Während Bismarck seine Widersacher mehrfach auf den springenden Punkt des modernen parlamentarischen Lebens hinwies, dessen wahres Wesen in einer Reihe von Kompromissen bestehe, war Taaffe vollauf davon befriedigt, daß ihm das „Fortwursteln“ gelang. Sein Ministerium war eine Notwendigkeit, aber es währte ein Jahrzehnt zu lang. Man hat da wieder die für Osterreich charakteristische Erscheinung vor sich, daß man eine Sache gehn ließ, weil sie ging, sie aber so lange gehn ließ, bis sie nicht mehr ging. Das kann unter ruhigen äußern Verhältnissen ein nationaler Staat aushalten, ein Staat aus einem bunten Völkergemisch muß dabei in Gärung geraten. Es giebt nichts, was ein Staat auf die Dauer schwerer erträgt als den Mangel vorwärts drängender, emporführender Ideen; vorwärts zu neuen Zielen, das ist die Forderung der Natur. Wird ihr nicht genügt, fehlt es sogar an einer Idee, an einem Ziel des Strebens, dann tritt mißmutige Verstimmung ein, die Stimmung der Ede und Leere, die den Nährboden für den Pessimismus und den Radikalismus abgiebt. Hier liegt der Grundfehler des sogenannten Systems Taaffe, nicht darin, daß er gegen die Deutschen regierte; denn die wollten ja gar nicht mit ihm gehn, sondern wollten ihn stürzen. Auch das Lob der Offiziösen, Graf Taaffes Ministerium habe eine stattliche Reihe grundlegender gesetzlicher Schöpfungen, wie die Neugestaltung der Wehrverfassung, die Reform der direkten Steuern usw. zu stande gebracht, ist partiisch. Wenn ein Vater seinen Kindern Schuhe verschafft, daß sie nicht barfuß laufen, so beweist das noch gar nichts für seine pädagogische und wirtschaftliche Tüchtigkeit. Daß Graf Taaffe, etwa nach vier Jahren seines Regiments, nicht daran gedacht, wenigstens nicht den Versuch gemacht hat, den hinreichend gestraften Deutschliberalen einen der Bedeutung des Deutschtums nach Herkunft und Kultur entsprechenden Anschluß an das innerpolitische Leben zu ermöglichen, ist eine Unterlassung, die nicht für seine staatsmännische Begabung spricht. Damals hätte ein Ministerium Clary oder Körber viel nützen können.

Das dauernde Verhalten des Grafen Taaffe hat aber mit vollem Grund den Deutschen wieder ein Recht gegeben, über Benachteiligung zu klagen, denn er war der erste, der ihnen keine höhere Bedeutung beimaß als jeder beliebigen andern österreichischen Nation. Dies und die Nonchalance, die er auch allen übrigen Fragen des Staatslebens gegenüber hervorzufehren pflegte, hat das Vertrauen in den Ernst und das Verständnis für die Behandlung der Regierungsangelegenheiten in den obersten Kreisen stark erschüttert. Bei den schwersten Schlägen nach 1859 und 1866 hatte sich jedesmal nach dem ersten Aufschrei über die Kurzsichtigkeit und die Kopflosigkeit oben immer wieder alles hoffnungs- und vertrauensvoll um Krone und Regierung geschart, während der Regierung Taaffes hat sich dagegen ein Strom des Radikalismus und antimonarchischer Anschauungen über Osterreich ergossen, wie er früher gar nicht für denkbar gehalten worden wäre. Durch den dauernden Mangel an staatsmännischen Ideen litt nicht bloß der Staat, sondern auch das Deutschtum, das

immer unheilbarer der parlamentarischen Zerklüftung verfiel. Die Versuche einzelner deutscher Parteigruppen, bei deren Führern allerdings auch selbstsüchtige Beweggründe erkennbar wurden, sich in wichtigen Staatsfragen der Regierung zu nähern, gaben dem Radikalismus willkommenen Anlaß zu den wütendsten Angriffen und schufen die Grundlage für den heutigen Zustand, worin die parlamentarische Vertretung des Deutschtums in eine ganze Reihe von ohnmächtigen Parteigruppen gespalten erscheint, die sich gegenseitig befehden und einander die Mandate abzujagen suchen. Daß die auf Laaffe folgenden Ministerien bis zum Ministerium Thun dieser Sachlage noch weiteren Vorschub geleistet haben, sei nur nebenbei bemerkt.

Die Deutschen in Osterreich haben nie Glück mit ihren Führern gehabt. Auch die Häupter der sogenannten Verfassungspartei, die die große Mehrzahl der deutschen Abgeordneten in eine große Partei zusammengefaßt hatten, folgten der französischen Doktrin und standen nicht auf eigenem österreichischem Boden. Aber es war doch wenigstens eine Einheit vorhanden. Heute gilt gerade das Gegenteil, und die Deutschösterreicher dürfen mit vollem Rechte den Spottvers auf sich anwenden: „An Häuptern fehlt's uns wahrlich nicht, uns fehlt es nur an Köpfen.“ Wir sehen da lauter überzeugte und ehrliche Männer, aber leider keinen unter ihnen, dessen Autorität über die engste Gefolgschaft hinausreicht, dem sie alle trauen, und der für sie alle einsteht. Es fehlt ihnen an jedem Führer, dessen Kopf die Aktion ihrer Gruppen einheitlich zu leiten, dessen Wort die Stellung der Gruppen zu verbürgen vermag. Daß es in den slavischen Parteien nicht viel anders steht, macht nicht viel zu Gunsten der Deutschen aus. Die großen Gedanken fehlen auf allen Seiten, aber die Deutschen brauchen sie am notwendigsten, denn mit der Beteuerung ihrer historischen Rechte und der Erinnerung an die Leistungen ihrer Vorfahren allein kommen sie nicht aus. Wollten sie daraus die einzig berechtigten und politisch praktischen Schlüsse ziehen, so könnten diese nur dahin lauten, daß ihre Aufgabe in dem aus deutscher Grundlage mit der Krone gemeinsam geschaffnen Osterreich nicht sein kann, sich aus sogenannten prinzipiellen Gründen und politischen Meinungen mit jeder Regierung in mindestens unfruchtbare, wenn nicht dem Deutschtum direkt nachteilige Streitereien einzulassen, sondern zu jeder Unterstützung bei allen „Staatsnotwendigkeiten,“ für deren Kosten sie doch so oder so aufkommen müssen, bereit zu sein. Jeder Geschäftsmann handelt so, und die einfachste Lebensklugheit müßte es lehren. Wir wollen das aber noch an einem Beispiele besonders ausführen. Die deutsche Verfassungspartei hatte 1879 gegen die Armee agitiert, und wir nehmen an, daß die Herren in ihrer doktrinären Befangenheit wirklich überzeugt waren, die österreichisch-ungarische Monarchie könne die Kosten nicht ertragen. Nun, das war ein Irrtum, denn seither sind die Kosten für eine viel größere Armee aufgebracht worden, und Osterreich ist nicht zu Grunde gegangen. Aber was war die Folge? Die Tschechen bewilligten, was die Deutschliberalen verweigerten, die Deutschen mußten gemäß ihrer Steuerkraft den Löwenanteil bezahlen, wurden aber politisch an die Wand gedrückt, und zwar zeitweise so arg, daß sie „quietschten,“ um sich eines bis-marcischen Ausdrucks zu bedienen. Hatten sie das nötig? — Jetzt wollen wir

einmal sehen, was sie daraus gelernt haben. Es sind seit jener Zeit mehr als zwanzig Jahre verlaufen, und einzelne Parteigruppen stimmen jetzt unverdrossen, einige allerdings „mit Wahrung des Prinzips,“ für die Heeresvorlagen, aber in der zahlreichsten Gruppe, der deutschen Volkspartei, und in den noch weiter links stehenden Gruppen der Alldeutschen ist der alte Demokratenhaß gegen alles Militärische noch lebendig, obgleich die Armee, deren Dienstsprache deutsch ist, eine wesentliche Stütze des Deutschtums bildet, die man im deutschen Lager schonen sollte, wenn man wirklich etwas von Politik verstünde. Dazu weiß man, daß alle Angriffe auf die Armee vom Monarchen schwer empfunden werden. Aber gerade darum thut man es ja.

Seit der Radikalismus in Österreich herangebildet worden ist, macht sich „der Männerstolz vor Königsthronen,“ der für die „immunen“ Parlamentarier ein ungefährliches Ding ist, ungemein breit, denn es imponiert dem Wähler, der darob Beifall klatscht, und vor dem man um die Mandate wettkriecht, statt ihn über den Ernst der Lage und die verantwortungsvollen Pflichten eines Abgeordneten für den Staat und für das deutsche Volk aufzuklären. Da wird mit schmetternden Phrasen und Schlagworten gearbeitet, die bloß darauf berechnet sind, daß der Konkurrent um das Mandat — um wieder mit einem Bismarckischen Wille zu sprechen — „nicht höher springt.“ Und so geht es wie im Zirkus, wo der junge Springer, heraufschauend von dem Jubel des Publikums und den ihm zugeworfenen Kränzen und Apfelsinen, zu immer waghalsigern Anläufen ausholt, bis schließlich einmal die Katastrophe hereinbricht, und die tosende Menge dann entsetzt die Stätte des Grauens verläßt, nach kurzer Zeit an andern Orten aber unter ähnlichen Verhältnissen dasselbe Spiel fortsetzt. Das ist freilich in andern Ländern auch der Fall, und hierin liegt ja die wesentlichste Ursache des allgemein beklagten Niederganges des Parlamentarismus, aber für das Deutschtum in Österreich wirkt diese Entwicklung der Dinge nahezu verhängnisvoll, weil es in seiner heutigen Lage nur ihrer Pflicht und ihrer schweren Verantwortung bewußte Vertreter brauchen kann, denn jeder Fehler, jedes Versehen auf deutscher Seite kommt den Slawen ohne deren Verdienst und Bemühen von selbst zu gute.

Hier ist es auch Zeit, auf gewisse Eigentümlichkeiten der Deutschösterreicher zurückzukommen. Die schweren, wenn auch nicht gänzlich unberechtigten Vorwürfe, die in den letzten Jahren vereinzelt gegen die Deutschösterreicher, namentlich die Deutschböhmen, in deutschen Blättern von guten Beobachtern erhoben worden sind, und in denen von einer großen Leichtlebigkeit und Willensschwäche die Rede ist, sollen hier nicht wiederholt werden. Jedenfalls ist es aber auffällig, daß der oft mit klingenden Worten in den Blättern und in Entrüstungsversammlungen betonte nationale Kummer über die Zurückdrängung des Deutschtums im gewöhnlichen Leben gar nicht zu Tage tritt. Man lebt ganz gemütlich, für norddeutsche Gepflogenheiten etwas über die Verhältnisse weiter, und neben den betrübenden Verhältnissen im Parlament finden die neuesten Wiener Börsenwoge und großstädtischen Lascivitäten immer noch das vornehmste Interesse. Trotz aller entrüsteten Proteste und Resolutionen, die immer „einhellig“ gefaßt werden, wird man nie einer Gestalt begegnen, die über den Kummer des deutschen

Volkess und die Wege zur Abhilfe sinnt und brütet. Brutus schläft, „das muß die Regierung thun,“ sagt man. Der unbefangne Beobachter wird dem gegenüber nun freilich sagen: Unter solchen Umständen kann es ja bei euch gar nicht so schlimm sein, wie ihr es macht. Ich will versuchen, dieser Erscheinung die politisch-philosophische Seite abzugewinnen. Völker, die eine größere Vergangenheit haben und sich deshalb nicht in die kleinere Gegenwart finden mögen, pflegen mit der Vergangenheit auch zugleich die Fähigkeit verloren zu haben, die politischen Lagen der Gegenwart und vor allem die eigne mit dem rechten Namen zu nennen. Es fällt ihnen schwer vor sich selber und aus doppelten Gründen erst recht vor der Welt. Die Deutschösterreicher haben einst von der Zuschauertribüne ein halbes Jahrhundert den deutschen Händeln zugesehen und sich nur gelegentlich dem Wortwechsel im Innern der Loge zugewandt. Jetzt ist auf einmal die große Bühne für sie geschlossen, sie sind auf die innern Verhältnisse angewiesen, die etwas vernachlässigt worden waren und sich infolgedessen unerfreulich entwickelt haben. Aber den Spaniern, die Amerika für Europa entdeckt hatten, hat dieses mit recht geringer Teilnahme den letzten Rest amerikanischen Besitzes wegnehmen sehen, und den Deutschösterreichern hilft die geschichtliche Thatsache nichts, daß aus ihrem Gebiet ein halbes Jahrhundert lang die deutschen Kaiser gewählt worden sind. Historische Erinnerungen sind nur Imponderabilien, die unter Umständen eine ansehnliche unterstützende Bedeutung gewinnen können, aber die praktische Politik beschäftigt sich bloß mit der Macht, und diese kommt nur von der Tüchtigkeit der Völker und ihrer Regierungen. Daran denken die Deutschösterreicher zu wenig. Sie sind seit längerer Zeit der eigentlichen Politik entwöhnt, wenigstens einer solchen ernsthaften, die einige Trümpe in der Hand hat und auch entschlossen ist, sie auszuspielen. Die dichterische Fähigkeit des Volkess verwechselt fortwährend die Symbolik mit der Handlung und glaubt, durch jene dem Gegner Schaden zugefügt und die eigne Würde gewahrt zu haben. Es wird der Gegner beschimpft, eine heftige Resolution gefaßt, aber dann ist die Stimmung vorüber. So gleicht man den Franzosen, die einstimmig: „Nach Berlin!“ riefen, aber sämtlich noch jenseits der Grenze gefangen wurden trotz aller persönlichen Tapferkeit. Man setzt in Deutschösterreich viel zu sehr das Wort für die That, und darum bleibt die Wirkung aus. Es ist, um im Wiener Jargon zu reden, viel „Pflanz“ dabei.

Es kann den Deutschösterreichern nur geraten werden, zu dem Element der Politik zurückzukehren, und das heißt: Macht zu gewinnen. Diese kommt nicht von der schönsten politischen Theorie, sie geht nicht aus dem ausgeklügeltsten Parteiprogramm hervor, aber sie fließt aus der Einigkeit. Keins der zahllosen Parteiprogramme der letzten Jahrzehnte ist auch nur in einem Punkte durchgeführt worden, den einzigen Erfolg, wenn auch nur einen defensiven, haben die Deutschen mit ihrem Pfingstprogramm erlangt, weil damals wenigstens ihre Mehrzahl dahinter stand. Das Pfingstprogramm war auch keine staatsmännische Meisterarbeit, es ist nicht frei an Widersprüchen, ist im unpopulären Advokatendeutsch verfaßt, die Alldeutschen hielten sich im Gefühl ihrer Überdeutlichkeit, die Deutschklerikalen aus Mißtrauen gegen den Radikalismus von ihm fern; trotzdem wird keine österreichische Regierung wagen, zu versuchen, die Deutschen hinter dieses schon fast vergessene Programm zurück-

zudrängen, weil man weiß, es würde mit neuer Lebendigkeit wieder auferstehn. Wenn die Deutschen Politiker wären, könnten sie daraus etwas lernen. Gerade jetzt, wo die Verhältnisse in Österreich für sie eine günstigere Wendung genommen haben, sollten sie einsehen, daß mehr als je Einigkeit not thut. Alles, was sie wieder spalten könnte, muß vermieden werden, wenigstens bis auf weiteres. Wären sie nur halbwegs einig, so prallte der slawische Sturm noch heute an ihrem festen Felsen ab. Schon die Spaltung in einen klerikalen Flügel, der mit den Tschechen gegangen ist, selbst noch mit den hussitisch und radikal angehauchten Jungtschechen, und einen liberalen Flügel hat ihr Elend verschuldet, und die Spaltung des liberalen Flügels in eine Reihe machtloser, sich gegenseitig bekämpfender Fraktionen vermehrt es noch. Man schreibe nur einmal das Wort „deutsch,“ aber recht deutlich und ohne jede radikale oder klerikale Zuthat, auf das Parteiprogramm, man lasse sich nicht von der ganz andre Ziele verfolgenden kapitalistischen Presse auseinanderhezen; man lerne den deutschen Bruder, der anderer Meinung ist, statt ihn zu schmähen, wenn auch als vermeintlich Irrenden, dulden, und die Einigkeit wäre vorhanden, die Macht wäre sofort soweit in den Händen der Deutschen, daß nach ihrem Willen regiert werden müßte, weil sie es in der Gewalt hätten, durch den geringsten Kompromiß mit einer ihnen genehmen Fraktion jede parlamentarische Frage zu entscheiden. Seit der Einführung der allgemeinen Wählerklasse ist die Möglichkeit für die Deutschen, die parlamentarische Mehrheit für sich allein zu erlangen, wohl für immer verloren gegangen, aber das wäre für geschickte Politiker, die ihr Geschäft verstehn, gar kein Unglück, weil die vereinten Deutschen als ausschlaggebende Macht von vielen Seiten umworben würden und versöhnend und verbindend auftreten könnten, während die einfache Mehrheit und damit Herrschaft im Parlament ihnen den Haß aller eintragen würde. Freilich, so weit sind wir noch lange nicht; ehe die gegenwärtigen deutschen Parteien ihre Fraktionsbrille so weit gepußt haben werden, daß sie diese ihnen ganz klar vorgezeichnete parlamentarische Stellung erkennen, kann noch lange Zeit vergehn. Vielleicht, daß den Deutschen ein Führer ersteht, der die alles besser Wissenden zu meistern versteht, möglich, daß erst wieder eine Art Badeni kommen muß, der die nur querulierenden ohnmächtigen deutschen Gruppen beiseite zu schieben glauben könnte, sie sich dann aber plötzlich geeinigt gegenüber sähe. Vor der Hand ist freilich nicht an eine Besserung zu denken. Die Verbohrtheit der Fraktionspolitiker, die vom Altliberalismus hergekommene Arbeitsscheu, die den glücklichen Inhaber des Parteiprogramms von jeder Thätigkeit und auch vom Denken entbindet, der Eigendünkel der Kleinen, die meinen, weil sie sich auf die Fußspitzen stellen, bedeute ihr Ausguck den politischen Horizont, die Leichtlebigkeit der gebildeten und besser gestellten deutschen Gesellschaftsklassen, die aus alledem hervorgehende Schwäche des Nationalgefühls lassen es zu nichts kommen.

Von dem Einfluß der „führenden“ hauptstädtischen Presse ist nichts zu hoffen, denn diese dient ausschließlich kapitalistischen Zwecken, die nicht mit der Einheit und Macht des Deutschtums zusammenfallen. Mahnende vernünftige Stimmen in der Provinzpresse werden um so lieber überhört, weil man sich nicht sehr anstrengen mag. Ganz im Sinne unsrer Ausführungen sagte schon

vor einem Jahre einmal die „Tetzchen-Bodenbacher Zeitung“: „Wenn den Deutschen der Kampf gegen Rom als die wichtigste nationale Aufgabe erscheint, dann müssen sie trachten, im Abgeordnetenhaus eine antiklerikale Koalition der freiheitlichen Parteien aller Nationen zustande zu bringen. Stellen sie dagegen das nationale Moment am höchsten, dann muß ein Zusammenschluß aller deutschen Vertreter ohne Rücksicht auf ihr politisches Bekenntnis herbeigeführt werden. Eins nach dem andern kann Erfolg versprechen. Aber der kraftmeierische Versuch, gleichzeitig nach drei Fronten kämpfen zu wollen, muß notwendig zur Vereinsamung und Ohnmacht führen.“ Diese Ausführung ist doch zu einfach und zu klar, als daß sie nicht von sämtlichen deutschen Parteihäuptern — übersehen werden müßte. Vergeblich zürnte auch die „Zeitmeriger Zeitung“: „Man sieht nur die Fraktion, man lebt nur für die Fraktion und arbeitet nur für die Fraktion — das Volk selbst hat das Nachsehen. Solange sich nicht der gesunde Geist in der deutschen Volksseele gegen die Fraktionsjucht auflehnt, solange ist eine Wendung zum Bessern nicht zu erwarten; denn bekanntlich verdient jedes Volk die Abgeordneten, die es hat.“

Es ist dem nur noch wenig hinzuzufügen. Wenn sich die Deutschösterreicher bedrückt fühlen und es zum Teil auch sind, so liegt das in der Hauptsache in ihren Preß- und Parteiverhältnissen, die nur sie allein zu ändern vermögen. Alles Geschrei darüber ist wenig wert und hindert höchstens das Nachdenken über die wahre Lage und die naheliegende Abhilfe. Glücklicherweise sind die Dinge nicht ganz so schlimm, wie sie hingestellt werden, namentlich als Gefahren für das Deutschtum. Wenn man liest, daß bei der letzten Volkszählung im Jahre 1900 die Deutschen in Böhmen um ein geringes mehr zugenommen haben als die Tschechen, so kann es mit der Vertschechung im Lande nicht so gar gefährlich beschaffen sein, und wenn man weiter erfährt, daß die Italienisierung in Südtirol zum Stillstand gekommen ist und zurückzufluten beginnt, so muß man aus all diesen Thatfachen den höchst erfreulichen Schluß ziehen, daß in den Deutschösterreichern doch noch ganz andre Kräfte und Gaben thätig sind, als bei ihren durch das Wahlschlagwort in das Parlament geschickten Vertretern zu Tage treten.

Albin Geyer



## Die türkischen Finanzen



er Handelsverkehr zwischen Deutschland und der Levante via Hamburg ist in den letzten zehn Jahren von 77 Millionen auf 157 700 000 Mark gestiegen. Die europäische Türkei führte 1890 aus Deutschland für 1 Million Mark ein; 1901 war diese Zahl auf 10 Millionen gestiegen. Die Ausfuhr der europäischen Türkei stieg in derselben Zeit von 130 000 Mark auf 7 Millionen. Die asiatische Türkei hat ihre Einfuhr aus Deutschland in derselben Zeit von 300 000 Mark

auf 10 Millionen, ihre Ausfuhr dorthin von 5600000 Mark auf 14600000 Mark gesteigert.

Diese Zunahme des Handels eröffnet die günstigsten Aussichten für die Zukunft, wenn es gelingt, die fruchtbaren Landschaften der asiatischen Türkei dem Verkehr zu erschließen. Diese Erschließung ist aber, wie z. B. der baldige Bau der Bagdadbahn, abhängig von der finanziellen Bereitschaft der Türkei, gewisse Garantien zu geben. Daraus ergibt sich, daß der Handel ein hervorragendes Interesse an der Konsolidation der türkischen Finanzen hat.

Nach den vor Jahren angestellten Ermittlungen sind die Anleihen der Türkei in der folgenden Art über Europa verteilt:

	1898		1881	
	Türk. Pfund	Anteil in Prozenten	Türk. Pfund	Anteil an Prozenten
Frankreich . . . . .	35 Millionen	44,872	36 716 903	39,988
England . . . . .	8 $\frac{1}{2}$ "	10,898	26 618 287	28,999
Türkei . . . . .	5 "	6,410	7 281 292	7,930
Belgien . . . . .	14 "	17,948	6 612 585	7,201
Holland . . . . .	3 $\frac{1}{2}$ "	4,488	6 974 886	7,590
Deutschland . . . . .	9 $\frac{1}{2}$ "	12,179	4 320 295	4,705
Italien . . . . .	1 "	1,282	2 407 512	2,622
Österreich-Ungarn . . . . .	1 $\frac{1}{2}$ "	1,923	886 037	0,965
zusammen 78 Millionen: 100 Proz. Total: 91 818 798*): 100 Proz.				

Diese Zahlen blieben schon damals nicht unwidersprochen, inzwischen hat sich der deutsche Besitz wahrscheinlich stark vermehrt. Die Gläubiger aller Nationen sind durch Delegierte in dem Conseil de l'Administration de la Dette Publique vertreten, sie werden auf fünf Jahre gewählt und sind wieder wählbar. Ihre Ernennung erfolgt durch die verschiedenen Komitees. Das deutsche Komitee besteht aus der Deutschen Bank, dem Bankhaus Bleichröder und der Königlichen Seehandlung, die andern sind in Paris, London und Rom. Der Delegierte der Inhaber der Prioritätsobligationen wird von der Banque Ottomane ernannt. Die Geschichte der ottomanischen Staatsschuld und des Steuerwesens in der Türkei enthält zahlreiche interessante Punkte, aus denen auch der Maßstab für die Beurteilung der heutigen Verhältnisse entnommen werden kann. Uns beschränkend knüpfen wir hier an den Bericht des Lord Hobart aus dem Jahre 1863 an: Anfang 1862 beliefen sich die nicht konsolidierten Schulden auf 20 Millionen Pf. St. Der Papiergeldumlauf betrug 9 Millionen, die schwebende Schuld nicht ganz 11 Millionen Pf. St. Der Bericht führt aus, daß es der englischen Kommission 1859 bis 1860 gelungen sei, diese Schuld um 15 $\frac{1}{2}$  Millionen Pf. St. herabzusetzen; dieselbe Kommission bewirkte die Errichtung der Banque Ottomane. Die Verhandlungen wurden mit der französischen Gruppe, vertreten durch den Marquis de Bloenc, und mit der englischen Gruppe, vertreten durch Mr. Gilbton, geführt. Die seit 1856 bestehende Banque Ottomane wurde auf erweiterter Grundlage mit größern Privilegien ausgestattet. Das Kapital wurde von 500 000 Pf. St. auf 2 $\frac{3}{4}$  Millionen türk. Pf. festgesetzt, 1865 auf 4 Mil-

\*) Die Differenz rührt von der inzwischen erfolgten Tilgung her.

lionen, zur Hälfte eingezahlt, und 1874 auf 10 Millionen erhöht. Die neue Bank trat 1863 mit der Emission einer Anleihe von 200 Millionen Franken auf, 1865 folgte die Ausgabe neuer Obligationen von 150 Millionen Franken zu 6 Prozent; von der Banque Ottomane zu 330 (nominal 500 Franken) ausgegeben. In das Jahr 1865 fällt die von dem englischen Waffenlieferanten Merton vorgeschlagene Errichtung eines Hauptbuchs der Staatsschuld und in der Folge die Ausgabe einer Anleihe von 40 Millionen türk. Pf., wovon 29 Millionen zur Konversion alter Titres dienen sollten, 7 Millionen sollten zu späterm Verkauf in Reserve gestellt werden; 4 Millionen wurden in Konstantinopel, London, Paris, Amsterdam und Frankfurt zur Zeichnung aufgelegt zum Kurs von  $47\frac{1}{2}$  und der Ertrag nach Abzug der Kosten der Regierung zur Verfügung gestellt. In Deutschland besorgte das Frankfurter Haus Erlanger die Operation. Der Gewinn des Finanzkonsortiums an dieser Operation wird auf 15 Millionen Franken angegeben. Der erste Coupon wurde am 13. Juli 1865 bezahlt, der folgende Coupon wurde notleidend, und die Rente fiel auf 28. Große Aufregung. Die Börsen rechneten der Türkei vor, daß sie in den letzten zwölf Jahren 70 Millionen Pf. aufgenommen hätte. Im Oktober wurde jedoch der Coupon bezahlt, und sofort erfolgte eine neue Emission, 300 000 Obligationen zu 6 Prozent von 500 Franken zu 415, rückzahlbar in 5 Jahren. Dann erfolgt 1869 die Anleihe (Pinar) 6 Prozent von 555 500 000 Franken zu 315, dann die Eisenbahnanleihe (Hirsch) von 792 Millionen Franken, auf die 1870 sofort 300 Millionen Franken öffentlich gezeichnet wurden. Hierauf geben Dent, Palmer & Comp. 1871 5 700 000 Pf. St. zu 6 Prozent und 73 Prozent aus, garantiert durch den Tribut Ägyptens.

Die Banque Ottomane verteilt  $13\frac{1}{2}$  Prozent Dividende, und die Schätzung ihrer Reserven erreicht fast phantastische Zahlen. In Wien schreiten die Kreditanstalt und der Bankverein zur Errichtung der Österreichisch-Türkischen Gesellschaft, Kapital 40 Millionen türk. Pf., 40 Prozent Einzahlung. Im Handumdrehn steigt der Kurs des neuen Papiers von 120 auf 145, und es folgt die Errichtung der Österreichisch-Türkischen Kreditanstalt, Kapital 20 Millionen Gulden. Die Subskription erfolgte unter enormem Andrang, es wurden über 650 Millionen effektiv gezeichnet. Zwei Jahre später wurde die Liquidation der Gesellschaft beschlossen.

Sofort nach der Gründung ließ die neue Gesellschaft der Türkei 900 000 Pf. Neben dieser Anleihe gelangten die „Delegationen,“ von der türkischen Regierung ausgestellt, in Verkehr: Zahlungsanweisungen, die verschieden bewertet wurden, die des Kriegsministeriums galten 80 Prozent, die des Palastes 50 bis 75 Prozent. Im Jahre 1872 bieten Raphael & Sons 11 129 200 Pf. neunprozentige Schatzbons der Vilajets kurzfällig an, einlösbar 1873 zu 55 Prozent gegen Serie 2 der allgemeinen 5 Prozent-Schuld, Nominalkapital 20 229 000 türk. Pf. Der Ertrag ist teilweise zur Tilgung der schwebenden Schuld bestimmt, die 1872 angegeben wurde, 223 Millionen Franken, nicht mitgerechnet 75 Millionen Rückstände für Sold und Gehalte. Eine neue fünfprozentige Anleihe von 50 Millionen türk. Pf., die das betreffende Komitee zu 63 übernommen hatte, konnte nur bis zum Betrage von 3 Millionen ausgegeben werden. Dann

kam der Wiener Krach dazwischen. Merton sah den Zusammenbruch der Anleihewirtschaft voraus und verkaufte enorme Summen türkischer Titres à découvert. Aber die Türkei unterhandelte mit dem Crédit Mobilier Français um eine neue Anleihe, und auf die Nachricht davon stieg der Kurs auf 58. Merton, vor einer ungeheuern Differenzenschuld stehend, nahm sich das Leben. Bald darauf fiel der Kurs wieder auf 22 Franken, ein Jahr später auf 9. Die Anleihe des Crédit Mobilier, 694 Millionen Franken zu 6 Prozent, rückzahlbar in 33 Jahren, zu 42 Prozent fest übernommen, wurde ohne Erfolg aufgelegt; nur 25 Prozent wurden gezeichnet.

Um den Sturm zu beschwören, kündigte die Pforte die Ausführung der folgenden Maßregeln an: Säkularisation der Bakufgüter (Güter der Toten Hand), denen die Steuerfreiheit genommen werden sollte; Reformen im Bergbau; Einführung der Stempelsteuer; jährliche Veröffentlichung der Budgets. Um den Coupon zu bezahlen, behilft sich die Regierung mit gelegentlichen Anleihen, für die sie bis  $1\frac{1}{2}$  Prozent pro Monat bezahlt. Im Januar 1874 trifft Sadyk, der Freund des Baron Hirsch, in Wien ein zu Unterhandlungen mit der dortigen Finanzwelt. Von Wien fährt er nach Paris. In seinem bescheidenen Quartier am Boulevard Haussmann empfängt er die Spitzen der Pariser Finanzwelt und erreicht alsbald einen Vorschuß von vierzig Millionen Franken, die die Couponzahlung am 1. März 1874 sichern. Am 18. Mai unterzeichnet er eine Konvention ad referendum: Reorganisation der Finanzverwaltung, Reorganisation der Banque Ottomane nach Verschmelzung mit der Österreichisch-Türkischen Bank und die Erhöhung des Kapitals auf 250 Millionen Franken. Sie soll fortan alle Einkassierungen zentralisieren und die nach Einnahmen mit einem internationalen Syndikat angestellten budgetmäßigen Ausgaben bezahlen. Hier ist der Keim der spätern Finanzreform.

Inzwischen hatte sich das Bild in Konstantinopel verändert. Der Einfluß der konservativen Partei hatte den Sultan gegen Sadyk aufgebracht, er wurde abberufen, der Überschreitung seines Auftrags beschuldigt, die Konvention nicht ratifiziert. Das Syndikat zahlte die vierzig Millionen natürlich nicht aus. Die Interimscheine wurden an der Börse exekutorisch verkauft. Die Pforte klagt gegen die Mitglieder des Syndikats; ohne Erfolg. Bald darauf ist Sadyk wieder im Sonnenschein der kaiserlichen Gunst und erhält Auftrag, seine Pläne auszuführen. Jedoch das Syndikat erscheint in der Rolle der Beleidigten. Jetzt greift die Banque Ottomane ein. Zunächst erfolgt die Reorganisation der Bank. Sie wird der Kassierer der Regierung für Einnahmen und Ausgaben des Budgets. Sie wird beauftragt mit dem Verkauf der Schatzbons und erhebt für sich eine Kommission von allen Emissionen; von Einzahlungen und Auszahlungen bezieht sie ein halbes Prozent Kommission. Wenn diese Kommission 50 Millionen türk. Pf. jährlich nicht übersteigt, so erhält die Bank für jede ihrer Filialen 5000 türk. Pf. gezahlt. Thomas Bruce, der Vorsitzende der englischen Aktionäre, sagt, diese Konvention sei ohne Beispiel in der Geschichte unabhängiger Gesellschaften und der Finanzinstitute der Welt.

Die jährliche Veröffentlichung des Budgets wird angeordnet. Eine Kom-

mission aus Vertretern der Banken, beauftragt mit der Feststellung des Budgets, ermittelt eine schwebende Schuld von 340 Millionen Franken. Der Vorschuß, den die Banque Ottomane zu leisten hat, wird erhöht auf 2700000 türk. Pf. Dafür sollen acht Prozent Zins über dem Durchschnittsdiskont der Banken von Frankreich und England gezahlt werden; zur Sicherheit werden sieben Millionen türk. Pf. der fünfprozentigen Schuld hinterlegt, als Teil einer zu schaffenden Serie 3. 1874 wird der darauf hingehende Kontrakt unterzeichnet. Danach beläuft sich Serie 3 auf vierzig Millionen türk. Pf., wovon die Bank fünfzehn Millionen zu 42 Prozent übernimmt, außerdem zwei Prozent Kommission. Im September kamen 15900000 türk. Pf. zur Zeichnung zu 43½ Prozent. Der Rest wird nacheinander für Vorschüsse hinterlegt. Im Jahre 1875 neuer Vorschuß von 800000 türk. Pf. Ferner geben die Banken in Galata 2784000 türk. Pf. Vorschuß zu 1½ Prozent für den Monat.

Auf dem Thron war jetzt Abdul Aziz, der das Geld mit vollen Händen austreute (als er 1867, um den König Wilhelm von Preußen zu begrüßen, auf dem Rhein nach Koblenz fuhr, stellte er an sein Gefolge die Frage, ob dieser Wasserlauf zu seinen Ehren angelegt sei?). Am 7. Oktober 1875 erschien eine amtliche Mitteilung: Das Budget ergebe ein Defizit von fünf Millionen türk. Pf. Um eine gründliche Reform zu bewirken, sollen die Banken ein Syndikat bilden, und diesem sollen überwiesen werden: die Erträge der Zölle, die von Salz und Tabak, der Tribut Ägyptens und, wenn das alles nicht ausreicht, die Sammelsteuer. Die Zahlung der Zinsen auf die Schuld soll fünf Jahre lang erfolgen: fünfzig Prozent bar, fünfzig Prozent in Rente zu fünf Prozent. — Aufregung überall. Der Dienst der Schuld erforderte jährlich 318 Millionen Franken, davon 280 Millionen für die äußere Schuld.

Der Nominalbetrag der seit 1854 ausgegebenen Anleihen belief sich auf 4811 Millionen Franken; dazu 185 Millionen Schulden bei der Banque Ottomane und andern Banken in Konstantinopel. Die in zwanzig Jahren entliehene Effektivsumme betrug 2½ Milliarden Franken.

Inmitten schwerer politischer Wirren steigt Murat auf den Thron. Schon am 31. August 1876 folgt ihm Abdul Hamid. Im Krieg mit Ehren unterlegen, unterzeichnet die Türkei im Januar 1878 die Friedenspräliminarien. Es folgt der Berliner Kongreß, der am 11. Juli den Vorschlag (vom Grafen Corti, dem Vertreter Italiens, vorgetragen und von dem türkischen Vertreter Karatheodory Pascha nicht zustimmend aber günstig aufgenommen) annimmt: Die Türkei möge eine Finanzkommission aus Mitgliedern, die von den Regierungen ernannt werden, berufen. — Jetzt folgt eine Zeit der Verhandlungen. Im Oktober 1880 wird bekannt, daß die Pforte die Komitees der Gläubiger eingeladen hat, Delegierte nach Konstantinopel zu schicken, die über die Aufnahme der Zahlungen beraten sollen. Dort treten am 1. September 1881 zur Beratung zusammen: Sir Robert Bourke für England und Holland, M. Walfrey für Frankreich, Baron Mayr für Österreich-Ungarn. Der deutsche Delegierte, Justizrat Primker, wurde später ernannt und erschien zur vierten Sitzung. Kommandant F. Mancardi, für Italien, erschien erst in der neunten.

In der 22. Sitzung am 7. Dezember 1881 wurde der Vorschlag der Pforte in seinen Grundzügen angenommen, und am 8./20. Dezember 1881 (28. Mouharrem 1299) erging das unter dem Namen „Mouharrem“ berühmte geordnete Dekret.

Das Mouharremdekret überweist dem Dienst der Schuld sehr bedeutende Einnahmen; darunter einen großen Teil der Inselabgaben, den Tribut von Ostrumelien, die Überschüsse der Einkünfte Cyperns. Von dem Reinertrag sollen zunächst 590 000 türk. Pf. für den Dienst der fünfprozentigen Obligationen verwandt werden. Einziehung, Verwaltung der Gelder und der Dienst der äußeren Schuld wurden einem Conseil übergeben, der aus Vertretern der Gläubiger bestand: Conseil de l'Administration de la Dette Publique. Der Kassendienst des Conseils vollzieht sich durch Vermittlung der Banque Ottomane und der andern schon früher damit betrauten Kreditinstitute. Gegenüber den Handlungen des Conseils steht der Regierung die Kontrolle zu; sie interveniert selten und nur, wenn es sich um Meinungsverschiedenheiten über die Grundsätze oder um die Tarife für die überwiesenen Einnahmen handelt.

„Malié“ lautet der Titel des türkischen Finanzministeriums. Malié Naziri, der Finanzminister, hat die alte Bezeichnung Defferdar ersetzt. Obgleich der Finanzminister nicht vor parlamentarischen Einrichtungen amtiert, ist seine Aufgabe schwer. Die erste Sorge gilt der Zivilliste.

Die sehr komplizierte Finanzverwaltung beruht auf derselben Einteilung wie die politische Verwaltung: Vilajets, Provinzen; Sandjaks, Kreise; Cazas, Gemeinden. An der Spitze eines Vilajets steht als Finanzbeamter der Defferdar, eines Sandjak der Muhassebedjé; eines Caza der Mal-mudiri. Das Vilajet hat sein eignes Budget, das dem Finanzminister zur Kenntnis unterbreitet wird. Havalés sind die Zahlungsanweisungen des Finanzministers auf die Kassen der Vilajets. Wenn Verlegenheiten bestehen, werden sie zuweilen in größerer Zahl ausgestellt, als rechnungsmäßig gerechtfertigt ist. An entfernten Orten zahlbar und unregelmäßig zur Einlösung gelangend sind sie Gegenstand des Handels geworden.

Im Malié tritt aller zwei Jahre eine Kommission zusammen, die das Budget aufstellt; oft auf Grund schwankender Angaben aus den Provinzen.

Die Darstellung des Steuerwesens in der Türkei bietet des beachtenswerten viel, namentlich wegen der bevorstehenden Reform. Es ergibt sich daraus, daß die Hilfsmittel der Türkei keineswegs erschöpft sind. In der Mehrzahl der Fälle sind sie nicht einmal ausgebildet, und es ist keine Übertreibung, zu sagen, daß der Ertrag bedeutend gesteigert werden kann. Eine ausführliche Darstellung dieser Verhältnisse findet sich in dem kürzlich erschienenen Buche *Les Finances de la Turquie* von Charles Moraviz (bei Guillaumin in Paris). Eine deutsche Bearbeitung des Werkes wird von Georg Schweizer vorbereitet und wird nach Neujahr im Verlag von Karl Heymann in Berlin erscheinen.

Entwicklungsfähig sind auch die Zölle. Auf diesem Gebiet kann sich die Türkei zur Zeit kaum rühren, da fast jede Maßregel den Einspruch der Diplomaten hervorruft. Dasselbe gilt von der geplanten Patentsteuer. In

beiden Fällen handelt es sich um sehr entwicklungsfähige Einnahmequellen. Zur Zeit liefern die Zölle ungefähr zwei Millionen türk. Pf. Sie sind rein fiskalisch und nicht von Prinzipien und Theorien beeinflusst. Die Zölle werden ad valorem erhoben, ohne Unterscheidung zwischen Rohstoffen und Fabrikaten. Die Sätze betragen 8 Prozent für die Einfuhr, 1 Prozent für Ausfuhr und Transit. In den Jahren 1861 und 1862 hat sich die Türkei mit dreizehn Mächten verständigt: die in der Vereinbarung genannten Artikel werden demgemäß verzollt, für andre Artikel, die Mehrzahl, ist die Verständigung zwischen Zollbehörden und Importeuren nötig. Der Zoll kann in Naturalien gezahlt werden, und wo das nicht angeht, kann die Zollbehörde das strittige Objekt kaufen. Die Tarifierung ist vor fünfzehn Jahren erfolgt. Kautionen für den Transitverkehr werden bei Vorlage des Ausfuhrzertifikats zurückgegeben; die dafür festgesetzte Frist von sechs Monaten ist zu kurz.

Dazu kommen noch Binnenabgaben, die bis 1874 8 Prozent für Land- und Seetransporte betragen, seit 1874 werden sie nur von den Seetransporten erhoben. Die einheimische Produktion ist durch die Begünstigung der Einfuhren stark benachteiligt. Neuerdings ist die Abgabe auf 2 Prozent herabgesetzt, sie sollte auch auf die Einfuhr ausgedehnt werden, aber das haben die Diplomaten verhindert.

Eine Handelsstatistik giebt es nicht, nur einmal, 1878/79, erfolgte ein Bericht über die Güterbewegung in den Zollhäusern.

Der auswärtige Handel wird so berechnet:

	Einfuhr	Ausfuhr
	Türk. Pf.	Türk. Pf.
1891/92	24 553 940	15 370 050
1892/93	24 466 985	15 725 542
1893/94	24 108 660	13 262 416
1894/95	24 075 490	13 753 805
1895/96	20 575 670	15 535 625
1896/97	21 360 000	15 428 000
1897/98	24 070 000	13 750 000

Die Tribute, die der Türkei bezahlt werden, bestehen aus: dem Tribut Ägyptens (einschließlich 15 000 türk. Pf. für Zeilah am Golf von Aden) 765 000, Ost-Rumelien 265 000, Cypren 102 596, Samos 3 000, Berg Athos 720 türk. Pf.

Der Tribut Ägyptens reicht in das Jahr 1517 zurück, als Selim I., Sieger über Tuman Bey, den letzten Mamelucken, Ägypten eroberte. Der Tribut ist jederzeit pünktlich bezahlt worden; seit 1880 von der Caisse de la Dette Egyptienne unter Garantie der Mächte.

Die kaiserliche Zwilliste beläuft sich auf 577 172 türk. Pf.; ferner 305 378 türk. Pf. für Prinzen und Prinzessinnen. Seit 25 Jahren sind die Ausgaben stark zurückgegangen. Der Sultan selbst hat keine kostspieligen Gewohnheiten. Die Ausgaben erfordern jedoch so hohe Summen, daß sie ohne das sehr große Privatvermögen des Herrschers nicht gedeckt werden könnten. Dieses wird von einem Rat von elf Mitgliedern und einem Domänenvorstand von zehn Mitgliedern verwaltet. Die Güter sind über alle Provinzen zerstreut; in Syrien und in Mesopotamien bedecken sie 30 Prozent des bebauten Landes.

Die „Bakufs“ sind die Güter der Toten Hand. Ihr jährlicher Ertrag

figuriert jetzt mit 52250 türk. Pf. Sie sind in der Hauptsache steuerfrei. Schon 1867 hat Fazil Pascha Reformen vorgeschlagen, die aber an dem Widerstande der Moslems gescheitert sind. Der Wert der Bakufs wird auf zwei Milliarden Franken geschätzt. Es wird berechnet, daß der Jahresertrag auf achtzig bis hundert Millionen Franken gesteigert werden kann, was genügen würde, die gründliche Reform der türkischen Finanzen zu bewirken.

Die konsolidierte Schuld, die ein Jahreserfordernis von rund fünf Millionen türk. Pf. aufweist, setzt sich aus den folgenden Posten zusammen: 1. aus den durch den ägyptischen Tribut garantierten Anleihen, 2. den Anleihen, deren Dienst dem Malié obliegt, 3. den Anleihen, deren Dienst der Conseil de la Dette besorgt, 4. den Anleihen, garantiert durch die Einnahmen, die dem Conseil de la Dette überwiesen sind. Die zur Beurteilung unentbehrlichen Einzelheiten wegen der Anleihen sind im folgenden zusammengefaßt:

Anleihen, die durch den Tribut Ägyptens garantiert sind: Den Tribut bezahlt die ägyptische Regierung direkt an die Kontrahenten Dent, Palmer & Komp. und Rothschild Sons in London. Von allen diesen Anleihen waren am 14. März 1902 im Umlauf: 3815200 türk. Pf. Anleihe zu 4 Prozent von 1855, 5578520 türk. Pf. Anleihe zu 4 Prozent von 1891, 7890780 türk. Pf. Anleihe zu  $3\frac{1}{2}$  Prozent von 1894. Die erste Anleihe wurde 1854 zu 80 Prozent emittiert: drei Millionen Pfund zu 6 Prozent und 1 Prozent Tilgung; 1855 folgten fünf Millionen zu 4 Prozent zu  $102\frac{5}{8}$ , garantiert durch Frankreich und England. Die Garantie bezieht sich auf die Zinsen, nicht auf die Tilgung. Natürlich waren die Inhaber zufrieden, eine von England und Frankreich garantierte Rente zu 4 Prozent zu besitzen in einer Zeit, in der englische  $2\frac{3}{4}$  prozentige Konsols 113 notierten. Seit der Session Cyperns an England liegt England allein dem Dienst der Schuld ob, obgleich offiziell die Garantie Frankreichs weiter besteht. — Im Jahre 1871 erfolgten Anleihen von 5700000 Pfund zu 6 Prozent, zu 73 Prozent tilgbar durch Ziehungen bis 1905; 1877 Anleihe von fünf Millionen Pfund zu 5 Prozent; 1891 Anleihe von rund  $6\frac{1}{4}$  Millionen Pfund zu 4 Prozent, tilgbar durch Ziehungen bis 1950 zum Ersatz der 5 Prozent von 1877; Emissionspreis für effektive Zeichnungen  $93\frac{1}{2}$  Prozent, für Zeichner, die die Titres von 1877 behielten, 93 Prozent; 1894 Anleihe von rund  $8\frac{1}{4}$  Millionen Pfund zu  $3\frac{1}{2}$  Prozent zum Ersatz der sechsprozentigen Anleihe von 1854 (1877 auf 5 Prozent reduziert) und der  $4\frac{1}{2}$  prozentigen Anleihe von 1871. Durch jährliche Ziehungen bis 1955 tilgbar, nach 1905 kann die Tilgung erhöht werden. Die Emission fand gegen Barzahlung zu 94,25 statt.

Anleihen, deren Dienst dem Malié zusteht, waren: die Anleihe zu 5 Prozent von 1886, rund  $6\frac{1}{2}$  Millionen (die Zollanleihe, die jetzt durch die Banque Ottomane in 4 Prozent konvertiert wird); Anleihe zu 4 Prozent (Tombac) von 1893 eine Million Pfund, tilgbar durch halbjährliche Ziehung bis 1934; sogenannte Eisenbahnanleihe 4 Prozent von 1894: 1670000 türk. Pf., tilgbar in 64 Jahren, garantiert durch die kilometrische Schuld von 1500 Franken der Gesellschaft der Orientalischen Eisenbahnen.

Anleihen, deren Dienst durch die Vermittlung des Conseil de la Dette erfolgt, sind:

Die fünfprozentige Anleihe von 1888 1 650 000 türk. Pf. (Fischereien); die vierprozentige von 1890 4 999 500 türk. Pf. (Osmanié oder Konsolidation); die fünfprozentige von 1896 3 272 720 türk. Pf.; die fünfprozentige von 1902 1 254 000 türk. Pf..

Über die schwebende Schuld sind übertriebene Vorstellungen im Umlauf, weil übersehen wird, daß neue Verbindlichkeiten vielfach eingegangen worden sind, um die alten abzustößen. Ende 1901 hat man sie auf  $6\frac{1}{2}$  Millionen türk. Pf. geschätzt. Hierher gehören auch die Ansprüche Lorando und Tubini, die 1901 zu der französischen Flottendemonstration bei Mysene geführt haben. Sie stammen aus den Jahren 1875/76 aus Anleihen der Kriegs- und Marineministerien. Der Lorando-Anspruch betrug anfangs 85 000 türk. Pf.; Tubini wurde 1882 durch das Tribunal der Handelskammer in Konstantinopel auf 66 000 türk. Pf. angewiesen. Die Zinsen haben beide Forderungen auf die Höhe von 500 000 türk. Pf. gebracht. Die Pforte hat den Vertretern Tubinis sechzehn Monatsstratten von je 10 000 türk. Pf. gegeben; den Vertretern Lorandos ebenso von je 21 000 türk. Pf., zahlbar vom März 1902 ab. Hierher gehören auch die Ansprüche der Direktoren der Sociéte des Phares (Bauréal und Baudony). Es handelt sich um Ländereien, die albanesische Einwanderer besetzt haben. Die genannte Gesellschaft hat durch Vermittlung des französischen Gesandten eine Anweisung von 27 000 türk. Pf. auf die Einnahmen der Leuchtfeuer erhalten.

Die russische Kriegsschädigung war von Anfang an garantiert durch die Einnahmen in den Provinzen Adana, Castamuni, Konia und Sivas. Dazu kommen 55 000 türk. Pf., an Rußland zu zahlen für Unterhaltung der Gefangenen. Die Banque Ottomane zahlte 1891 für Rechnung der Rückstände an Rußland 1 018 000 türk. Pf. Im Jahre 1899 wurden die Zehntabgaben in Brussa und Smyrna den Garantien hinzugefügt. Die Abgaben werden durch die Banque Ottomane eingezogen. Das zwischen Rußland und der Türkei geschlossene Abkommen entbehrt jedoch in einzelnen Teilen der klaren Fassung: Rußland könnte daraus folgern, daß ihm das Recht der Kontrolle der Einnahmen und ihrer Verwendung in den genannten Provinzen zustehe.

Der Conseil de la Dette ist durch das Mouharrem-Dekret mit dem Dienst der folgenden Anleihen betraut: 1. Prioritätsobligationen. Sie wurden 1881 geschaffen zur Bezahlung der Forderungen der Bankiers von Galata. Nominalkapital 185 681 500 Franken, rückzahlbar durch Ziehung in  $24\frac{1}{2}$  Jahren. Sie wurden 1890 konvertiert in eine vierprozentige Anleihe von 195 681 000 Franken. 2. Anleihen von 1858 bis 1873: das verbleibende Kapital dieser Anleihen, einschließlich der während der Zahlungseinstellung gezogenen Obligationen, betrug Ende 1881:

Anleihe	1858	3 684 750	Pfd. St.
	1860	1 644 300	" "
	1862	4 915 900	" "
	1863/64	5 107 500	" "
	1865	4 034 500	" "
	1869	20 650 000	" "
	1872	4 820 200	" "
	1873	27 196 740	" "
Allgemeine Schuld		87 197 360	" "
	zusammen	159 251 250	Pfd. St.

Diese Kapitalien, vermehrt durch den Nominalbetrag der für die Hälfte der nichtbezahlten Obligationen ausgegebenen Ramazan-Titres, sind herabgesetzt worden zum Durchschnittskurs (Emissionskurs und Vertragskurs) und alsdann erhöht um 10 Prozent 1. der Ramazan-Titres, ausgegeben für die Hälfte der verfallenen Coupons vor der Zahlungseinstellung, und 2. der bis Ende 1881 notleidenden Coupons.

Die Reduktionssätze der Anleihen, nach diesen Grundsätzen berechnet, sind, wie folgt, festgestellt worden:

			Durchschnittlicher Emissionspreis
Für die Anleihe von 1858	auf	93,15 Prozent	85,00
1860	"	62,90 "	57,375
1862	"	74,50 "	62,68
1863/64	"	76,30 "	69,62
1865	"	71,— "	64,775
1869	"	62,40 "	56,725
1872	"	107,75 "	58,50
1873	"	55,25 "	50,24
Allgemeine Schuld		50,25 "	48,84

Gesamtbetrag Pfd. St. 92225827 oder Türk. Pfd. 101448410

Die Türken-Lose	Türk. Pfd.
Am 1. Dezember 1881 betrug die Anzahl der noch nicht gezogenen Lose 1953550 zum Normalkapital von 400 Fr.	31256800
13350 während der Zahlungseinstellung gezogene Lose	245600
Betrag zu 200 Fr. der Ramazan-Titres, ausgegeben für die nichtbezahlte Hälfte der 700 am 1. Juni und 1. August 1875 gezogenen Lose	5600
zusammen Türk. Pfd.	31508000

Auf die vorstehende Zahl ist die Reduktion angewandt worden, die zur Summe von 14211407 türk. Pf. geführt hat. Die Koeffizienten der Reduktion betragen 45,09 für das Kapital und 19,18 für Prämien und Coupons.

Der Gesamtbetrag der Schuld, deren Dienst dem Conseil obliegt, ist demnach so zu resumieren:

Die oben erwähnten Anleihen	Pfd. St. 92225827 =	Türk. Pfd. 101448409
Türken-Lose	" " 14211407 =	" " 15632548
	Pfd. St. 106437234 =	Türk. Pfd. 117080957

Nach den überwiesenen Garantien zerfallen die Anleihen in vier Gruppen: 1, 2, 3, 4; genannt Serien A, B, C, D.

Serie A: Anleihen 1858, 1862	reduziertes Kapital	Türk. Pfd.	7902260
" B: " 1860, 1863/64, 1872	" "	" "	11625151
" C: " 1865, 1869, 1873	" "	" "	33905762
Gruppe IV umfaßt die Titres, denen bei der Emission keine spezielle Garantie zugewiesen war:			
Allgemeine Schuld	Türk. Pfd. 48365236		
Türkische Lose	" " 15632548	" "	63997784
		Türk. Pfd.	117070957

Diese Gruppeneinteilung dient dem Zweck, die Reihenfolge, in der die Tilgung geschieht, zu ordnen. In der Zinszahlung sind alle drei Gruppen gleichberechtigt; ausgenommen die Türkenlose, die zur Zeit keinen Anspruch auf Verzinsung haben.

Die Verwendung der Einkünfte zum Dienst der Schuld bietet ein ver-

wickeltes Bild. Nach Erhebung von 590 000 türk. Pf. für den Dienst der Prioritätsobligationen werden vier Fünftel des Restes den Zinsen zugewiesen, ein Fünftel der Tilgung. Immer geht die Erhebung von 1 Prozent Zins der Tilgung voran. Die Zinszahlung kann nur um Bruchteile von wenigstens  $\frac{1}{4}$  Prozent erhöht werden und darf 4 Prozent des Kapitals nicht übersteigen. Jeder Betrag unter  $\frac{1}{4}$  Prozent ist dem Dienst für das folgende Halbjahr zu überweisen. Für die Tilgung darf nicht mehr als 1 Prozent des reduzierten Kapitals aus den Einkünften entnommen werden. Dazu kommt aber der ersparte Zins für die schon getilgten Stücke. Wenn die so verfügbare Summe unter oder gleich  $\frac{1}{4}$  Prozent des reduzierten Kapitals ist, so wird sie der Tilgung der Gruppe A zugewiesen. Ist sie über  $\frac{1}{4}$  Prozent, so wird der Überschuß bis zu  $\frac{1}{2}$  Prozent der Gruppe B überwiesen, bis zu  $\frac{3}{4}$  Prozent der Gruppe C und dann bis 1 Prozent der Gruppe D. Ergiebt sich dann ein Überschuß, so wird er unter die Gruppen gleichmäßig verteilt.

Nach vollständiger Tilgung der Gruppe A wird die zur Tilgung verfügbare Summe der Gruppe B überwiesen bis  $\frac{1}{4}$  Prozent des reduzierten Kapitals; dann C bis  $\frac{1}{2}$  Prozent; dann D bis  $\frac{3}{4}$  Prozent. Vom Überschuß erhält dann jede Gruppe  $\frac{1}{3}$ . Nach Tilgung der Gruppe B wird das erste Viertel C überwiesen, das zweite D. Bleibt ein Rest, so wird er zu gleichen Hälften unter beide Gruppen verteilt.

Nach erfolgter Tilgung der drei ersten Gruppen arbeitet die Tilgung ausschließlich zu Gunsten der Gruppe 4: Allgemeine Schuld und Türkenlose.

Das Mouharremdekret bestimmt, daß „die Tilgung sich stets durch Kauf oder Ziehung, halbjährlich, gemäß Entscheidung des Conseil,“ vollzieht, ausgenommen die Einschränkung, daß diese Tilgung nicht zu höhern Sätzen stattfinden kann als zu:

66,66 Prozent, wenn der Zins 1 Prozent beträgt	
75 „ „ „ „ „ höher als 1 Prozent und unter 3 Prozent bleibt	
100 „ „ „ „ „ 3 Prozent oder mehr beträgt.	

Bis jetzt hat der Conseil keinen Gebrauch von dem Recht gemacht, zwischen dem Rückkauf oder der Ziehung zu wählen. Er hat alle Tilgungen durch Ankauf an der Börse bewirkt. Er hat die Ziehungen nur bei der Serie A dann angewandt, wenn der Kurs über 66,66 Prozent stand, und für die Türkenlose, die einem besondern Verfahren unterworfen sind.

Die bis zum 28. Februar/13. März 1902 erfolgte Tilgung beträgt:

	Kapital	getilgtes Kapital	Verhältnis:
Serie A:	Türk. Pfd. 7 831 869	Türk. Pfd. 7 831 869	100 Prozent
„ B:	„ „ 11 040 307	„ „ 5 919 632	53,575 „
„ C:	„ „ 33 604 176	„ „ 4 642 056	13,815 „
„ D:	„ „ 48 017 162	„ „ 3 115 205	6,488 „
Türkenlose:	Titres 1 980 900	„ Titres 2 534 445	12,800 „

Niemals hat eine Anleihe soviel Lärm veranlaßt als die Türkenlose. Sie entstanden auf Grund einer Rente von 28 Millionen Franken, die dem Baron Hirsch bewilligt wurde für den in der Konzession vom Jahre 1869 vorgesehenen Eisenbahnbau: 1. 980 000 Obligationen zu 3 Prozent und

400 Franken nominal. Das jährliche Erfordernis betrug zu Anfang 23 760 000 Franken und sollte sich von Jahr zu Jahr, nach Maßgabe der Tilgung, vermindern. Dadurch wurden große Summen frei, die jährlich zu Prämien verwandt werden sollten, und die 3 600 000 Franken jährlich bis 1910 und von 1910 an 2 335 000 Franken jährlich betragen sollten bis zur erfolgten Tilgung. Außer den mit Prämien tilgbaren Titres, deren Zahl auf 300 festgesetzt wurde, umfaßten die Ziehungen al pari (400 Franken) rückzahlbare Titres, deren Zahl (heute 4800) von Jahr zu Jahr steigt. Nach diesem Plan sollten aus der Annuität von 28 Millionen Franken bezahlt werden:

1870	für Zinsen	23 920 000	Franken	für Tilgung	4 080 000	Franken
1900	" "	22 660 000	" "	" "	5 340 000	" "
1930	" "	20 995 000	" "	" "	7 805 000	" "
1960	" "	9 315 000	" "	" "	18 685 000	" "

Das Mouharremdekret unterbrach die Zahlungen; sie sollten wieder aufgenommen werden, wenn nach der zur vollständigen Zahlung der Prämien notwendigen Summe ein Überschuß bliebe; „die Ziehungen der Titres und die Zahlung der Prämien sollen genau nach dem ursprünglichen Plan fortgesetzt werden, insoweit die dafür ausgesetzten Beträge ausreichen.“

Danach finden aller zwei Monate Ziehungen statt, und die gezogenen Nummern sind zahlbar mit den herausgekommenen Beträgen. Tatsächlich aber hängt die Zahlung ab von den Summen, die der Conseil dafür anweist.

In den ersten vierzehn Monaten betrug die Zuweisung 182 379 türk. Pf., wovon 25 Prozent zur Zahlung von 20 Prozent Prämien aus ältern Ziehungen bestimmt waren. Der Überschuß diente zur Zahlung von 58 Prozent (232 Franken) auf die mit 400 Franken gezogenen Titres. Man behielt eine Reserve, um den Koeffizienten von 58 Prozent während der folgenden vier Jahre beizubehalten. Das sechste Budget führte so zu einem Defizit von 2783 türk. Pf., das aus den Mitteln für das nächste Budget gedeckt wurde. In den Jahren 1888/89 waren die während der Zahlungseinstellungen gezogenen Titres getilgt, und die dafür bestimmten Mittel wurden frei. Der Conseil schlug vor, den Koeffizienten von 58 Prozent aufrecht zu erhalten und den Betrag zum Ankauf der Titres an den Börsen zu verwenden.

Damals erfolgte die Konversion der Prioritätsobligationen. Die sich daraus ergebende Ersparnis von 145 000 Pf. jährlich sollte zum Rückkauf der Titres der Serien A, B, C, D verwandt werden. Die Lose waren aus geschlossen. — Von allen Seiten kamen Proteste. Das österreichische Komitee entwarf 1893 einen Plan zur Behandlung der Lose. Der Koeffizient sollte auf 75 Prozent erhöht werden. Alle Syndikate, ausgenommen das italienische, stimmten zu, neue Kommissionen wurden eingesetzt, aber der Plan wurde vergessen.

Der Conseil hatte inzwischen gesucht, den Wünschen der Losbesitzer, soweit seine Macht reichte, entgegenzukommen: die zurückgekauften Lose sollen nicht mit dem Außerkurssetzungsstempel versehen werden, sondern sie sollen einem Spezialdossier zur Verfügung der Besitzer überwiesen werden. Tilgungen und Prämien werden auf dem Fuß von 58 Prozent bezahlt, obgleich man die

Mittel zur Erhöhung besitzt. Die Erhöhung würde nur denen zu gute kommen, die eine Prämie ziehen, und die schon 230 Franken für ein Papier erhalten, dessen Kurswert ungefähr 110 Franken ist. — Jetzt kommt ein beachtenswerter Punkt: von den 99000 gezogenen Losen sind 4118, mehr als 4 Prozent, nicht zur Zahlung präsentiert worden. Diese verschollenen Lose belaufen sich auf 3581000 Franken nominell, darunter ein Los von 600000, zwei von 300000 und drei von 60000 Franken.

Wo sind die Besitzer der Nummern 314551, 374718, 1519189, die sich noch nicht gemeldet haben? Vielleicht sind die Lose in einer Bank deponiert. Das Publikum, das den Kurszettel so eifrig liest, sollte fleißiger die Ziehungslisten lesen. Die gezogenen und verschollenen Lose stellen Prämien von 174000 bis 348000 Franken dar.

Die Konversion ist nur eine Frage der Zeit. Die älteren Projekte scheiterten daran, daß sie der Regierung große Summen sofort zur Verfügung stellen wollten. Der Plan Rowiers, aufgestellt nach Einvernehmen mit der Deutschen Bank, rechnet mit dem wichtigen Faktor der Zeit, um ein für Gläubiger und Regierung vorteilhaftes Ergebnis zu erreichen. Rowier schlägt vor: eine neue vierprozentige Anleihe von 32175000 türk. Pf., gesichert durch die dem Conseil überwiesenen Einkünfte in Höhe von 2290000 türk. Pf. jährlich. Die Zukunft kann dazu eine Erhöhung der Zölle und die Einführung einer Patentsteuer bringen. Über den Betrag soll wie folgt verfügt werden:

Dienst der Prioritätsobligationen	Türk. Pf.	430 500
Neue 4prozentige Anleihe	„	1 528 000
Türken-Lose	„	240 000

Der nach Versorgung der Serien B, C, D nebst Kosten übrige Betrag der neuen Anleihe wird zur Erhöhung der Reserve verwandt. Die Grundlagen, auf denen die Konversion angeboten werden soll, sind: Die Inhaber der Serie B erhalten soviel neue Titres, daß ihr Ertrag 1,64 Prozent des Ertrags des 1 Prozent darstellt, das die Inhaber der Serie B jetzt beziehen.

Die Serie B (heute Kapital 5000000 Türk. Pf.) erhält ein Kapital an	3 300 000 türk. Pf.
Serie C (29000000 türk. Pf.) erhält $\frac{2}{3}$ Prozent Zins mehr als heute und verlangt	12 000 000 „
Serie D (45000000 türk. Pf.) erhält 50 Prozent Zins mehr als heute und verlangt	16 875 000 „
	32 175 000 türk. Pf.

Danach würde sich der Umtausch vollziehen von	
Serie B auf dem Fuße von	66 Proz.
„ C „ „ „ „	41,62 „
„ D „ „ „ „	37 $\frac{1}{2}$ „

Die Überweisung von 240000 türk. Pf. für die Lose würde, wie seither, zur Bezahlung der gezogenen Titres ohne Prämie mit 232 Franken verwandt. Der Koeffizient für die Einlösung der mit Prämien gezogenen Titres würde auf 100 Prozent erhöht. Der jährliche Überschuß soll zum Rückkauf an der Börse oder zu außerordentlichen Ziehungen oder Prämien verwandt

werden. Nach Tilgung der Prioritätenanleihe, ungefähr im Jahre 1931, soll ihre Annuität von 430 000 türk. Pf. verwandt werden: zum Rückkauf der Titres der neuen Anleihe und der Lose, in dem Verhältnis, das der Umlauf beider Kategorien aufweist.

Die von Rouvier vorgeschlagene Finanzoperation würde eine Annuität von 1 528 000 türk. Pf. verlangen; sodann 430 500 türk. Pf. für den Dienst der Prioritäten (nicht in der Konversion einbegriffen) und 240 000 türk. Pf. für die Lose, die ebenfalls von der Konversion ausgeschlossen sind; zusammen 2 198 500 türk. Pf. Da die dem Conseil überwiesenen Einnahmen 2 290 000 türk. Pf. ausmachen, so bleiben ungefähr 90 000 türk. Pf. übrig, die kapitalisiert werden können, entweder um den Betrag der neuen Anleihe zu erhöhen, oder in anderer Art: Erhöhung der Reserve oder der Überweisung an die Regierung. Die Summe kann vermehrt werden, indem man die Tilgungsfrist für die neue Anleihe hinausschiebt.

Für das deutsche Publikum bietet die Reorganisation der türkischen Finanzen nicht allein das zunächst liegende Interesse der Inhaber türkischer Titres. Darüber hinaus kommt in Betracht das schnell wachsende Interesse des deutschen Kapitals, der Industrie und des Handels in der Türkei, der glänzende Erfolg der Anatolischen Eisenbahnen. Das an Aussichten, die auf fester Grundlage beruhen, jede andre zeitgenössische Unternehmung in den Hintergrund verweisende Projekt der Bagdadbahn und die eingangs dieser Darstellung berührte Tatsache, daß allein der über Hamburg geleitete deutsche Handel mit der Levante in zehn Jahren von 77 Millionen auf 158 Millionen Mark gestiegen ist, diese Punkte geben den Fingerzeig für die fernere Entwicklung. Belehrung ist auch zu schöpfen aus dem Erfolg der Banque Ottomane. Daß diese Bank Dividenden bis zu 56 Prozent verteilt hat, soll hier nicht in Betracht gezogen werden, da es sich dabei um außergewöhnliche Vorgänge gehandelt hat. — Nachdem zwischen der Banque Ottomane und der Deutschen Bank als Vertreterin der Anatolischen Eisenbahnen ein Abkommen geschlossen worden ist, wonach 60 Prozent des für die Bagdadbahn nötigen Kapitals auf Deutschland, 40 Prozent auf Frankreich entfallen, kann man auch in der Zukunft erwarten, daß sich französische und deutsche Interessen dort einander begünstigend entwickeln. Unter allen Umständen ist in den nächsten Jahren eine energische Bethätigung deutschen Unternehmungsgewisses in der Türkei zu erwarten. Der oben erwähnte Konversionsplan Rouviers scheint jetzt nicht mehr im Vordergrund zu stehen, es hat den Anschein, als ob andre Verabredungen mit der Deutschen Bank angebahnt seien. Die Entwicklung muß abgewartet werden. — Man erfüllt nur eine Pflicht, wenn man am Schluß auf die hervorragende Arbeit hinweist, die der verstorbene Dr. G. von Siemens im deutschen Interesse in der Türkei geleistet hat.

f. Moos

